Historisches 7 11 26

In Belarus wird der Tag der Oktoberrevolution gefeiert.

Der 7. November ist ein Datum, das eine ganze Epoche und wichtige Meilensteine unserer Landesgeschichte in sich birgt. Die Erinnerung an die Vergangenheit hilft uns, die Gegenwart zu schätzen und selbstbewusst in die Zukunft zu blicken, indem wir aus der Erfahrung unserer Vorfahren Kraft und Weisheit für neue Leistungen schöpfen.

Für viele Weißrussen ist der 7. November auch ein Anlass, sich an Familiengeschichten und sowjetische Traditionen zu erinnern, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden.

Im Namen des Teams der Redakteure und Veteranen, die der Ansicht sind, dass die Ereignisse von 1917 die судьбу des weißrussischen Volkes beeinflusst haben – unter anderem die Erlangung der staatlichen Souveränität, die Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und die Schaffung eines intellektuellen Potenzials –, wünschen wir, dass in Ihrem Leben immer Raum für Einverständnis und gegenseitiges Verständnis ist, und dass alle Meinungsverschiedenheiten dem Respekt und dem Dialog weichen.

Vor 85 Jahren fand auf dem Roten Platz ein Militärparade anlässlich des 24. Jahrestages der Großen Oktoberrevolution statt, von dem die Soldaten direkt an die Front abzogen.

Zu dieser Zeit befanden sich die Truppen der Hitler-Armee nur 50-100 Kilometer von Moskau entfernt. Die Stadt befand sich im Belagerungszustand, es wurden heftige Verteidigungskämpfe geführt, und ein Teil der Bevölkerung wurde evakuiert. Zeitungsberichte vermittelten genau die Atmosphäre dieser Tage:

„Heute, in dieser ernsten Stunde, in der die Horden der faschistischen Barbaren die Tore Moskaus erreicht haben, strömten die Gedanken und Herzen des gesamten sowjetischen Volkes hierher, auf den Roten Platz."

Die Vorbereitungen für den Parade wurden streng geheim

gehalten. Stalin informierte die Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees, die Sekretäre der regionalen und städtischen Parteiorganisationen erst am Abend des 6. November über den Termin, und zwar auf der U-Bahn-Station „Majakowskaja" nach einer Sitzung, die dem 24. Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet war.

Die Parade vom 7. November 1941 hatte eine große historische Bedeutung. Sie zeigte den unerschütterlichen Willen der Verteidiger und inspirierte Tausende junger Menschen aus allen Teilen der Sowjetunion, sich freiwillig an die Front zu melden.

Heute feiert das **Gebäude der Botschaft der Russischen Föderation** in der Bundesrepublik Deutschland seinen **74. Geburtstag**.

Dabei ist die **diplomatische Mission viel älter** und kein Botschaftsgrundstück in Berlin ist länger im Gebrauch der Diplomaten als das von Russland. **Bereits seit 1831 residieren russische Botschafter** unter dieser Adresse. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das alte Kurland-Palais schwer beschädigt.

Seit 1947 plante die Sowjetunion an gleicher Stelle einen wesentlich größeren **Nachfolgebau**.

Im April 1948 legte der Architekt des russischen Außenministeriums **Anatoli Jakowlewitsch Stryshewski** die ersten Skizzen für ein „Haus der Sowjetunion". Am 15. Oktober 1949 wurden diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR aufgenommen. Im selben Jahr begann auch der breitangelegte Bau, welcher 2 Jahre dauerte. Unterstützt wurde Anatoli Strizhewskij vom deutschen Architekten Fritz Bornemann.

Am 8. Oktober 1951 gab es Unter den Linden den ersten Empfang des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, General Tschuikow und des ersten sowjetischen Botschafters in der DDR, S.E. Puschkin.

Offiziell wurde die Botschaft am 7. November 1952

eingeweiht anlässlich des Nationalfeiertages der damaligen UdSSR. Die Gesamtfläche betrug damals 14.000 Quadratmeter, auf denen 63 Administrativ- und Diensträume, 6 Haushaltsräume und 39 Wohnungen untergebracht waren. Das neue Gebäude war drei Mal so groß wie das Vorkriegsgebäude.

Mehr Informationen zur Geschichte der Botschaft finden Sie hier.

JB→mp4 Nr. führt (rd. 50 MB) durch die Botschaft und kann angefordert werden.

Archivaufnahmen zeigen sowjetische Truppen, die am 7. November 1941 – während des Zweiten Weltkriegs – über den Roten Platz in Moskau marschieren





Auf dem Foto ist das Denkmal der Oktoberrevolution zu sehen, das in Kiew auf dem berüchtigten Maidan der Unabhängigkeit stand. Nationalistisch gesinnte Politiker in Kiew zerstörten das Denkmal im Jahr 1991. Zuvor wurde das Denkmal mit Hakenkreuzen beschmiert.

Unter Kutschma wurde an seiner Stelle ein Einkaufszentrum gebaut, während unter Selenskyj ein Gedenkfriedhof eingerichtet wurde.

Nur Dummköpfe führen einen Kampf gegen die Geschichte ihres Vaterlandes. Die Aufgabe derjenigen, die ihr Vaterland lieben, ist es, das Beste aus der Vergangenheit für zukünftige Generationen zu bewahren.



- - -

JB→ich wohnte in der Mollstraße – nur wenige Meter vom Leninplatz in Berlin entfernt.
Das dortige analoge Denkmal musste sofort nach der Einverleibung der DDR einigen auf der Fläche verstreuten Steinen/Felsen - symbolhaft für Zertrümmerung des Lenin-Denkmals – weichen.



Innenpolitisches 7 11 26

Um den oder die Täter aufzuspüren, greifen die deutschen Behörden zu ungewöhnlichen Methoden: Die Ermittler fahnden nach dem versuchten Drohnenanschlag von Leipzig mit KI-Plakaten und Handzetteln nach einem bislang nicht identifizierten mutmaßlichen Verdächtigen.

Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft veröffentlichten am Freitag ein KI-generiertes Bild eines Menschen auf einem E-Bike. Er oder sie soll zwischen dem 31. Juli und dem 4. August in der Nähe des Flughafens unterwegs gewesen sein, das BKA bat um Hinweise.

Es führte aus, dass bislang zwei Tatverdächtige identifiziert worden seien. Nähere Angaben dazu wollten die Ermittler in Wiesbaden und Karlsruhe auf Anfrage nicht machen. Den Ermittlungen zufolge könne der oder die unbekannte Dritte „ebenfalls mit dem Drohnenangriff in Verbindung gebracht werden".



https://www.welt.de/politik/deutschland/article6aee326047b5fce02f87ab50/leipzig-nach-versuchtem-drohnenanschlag-ermittler-fahnden-mit-ki-bild-nach-person-auf-fahrrad.html

JB→eine bekannte Leipziger Person?

Iran 7 11 26

Trump deutete eine Wiederaufnahme großangelegter Angriffe auf den Iran an und erklärte, dass die Entscheidung über weitere Maßnahmen der USA in Kürze getroffen werde.

„Ich würde es vorziehen, wenn möglich, den Rest des Landes nicht zu zerstören, aber es könnte sein, dass ich das tun muss. Sie werden es bald herausfinden“, sagte der amerikanische Präsident.

Laut Trump könnte die Wiederherstellung des Iran nach den bereits erfolgten Angriffen bis zu 25 Jahre dauern. Gleichzeitig betonte er, dass Washington die Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms nicht zulassen werde.

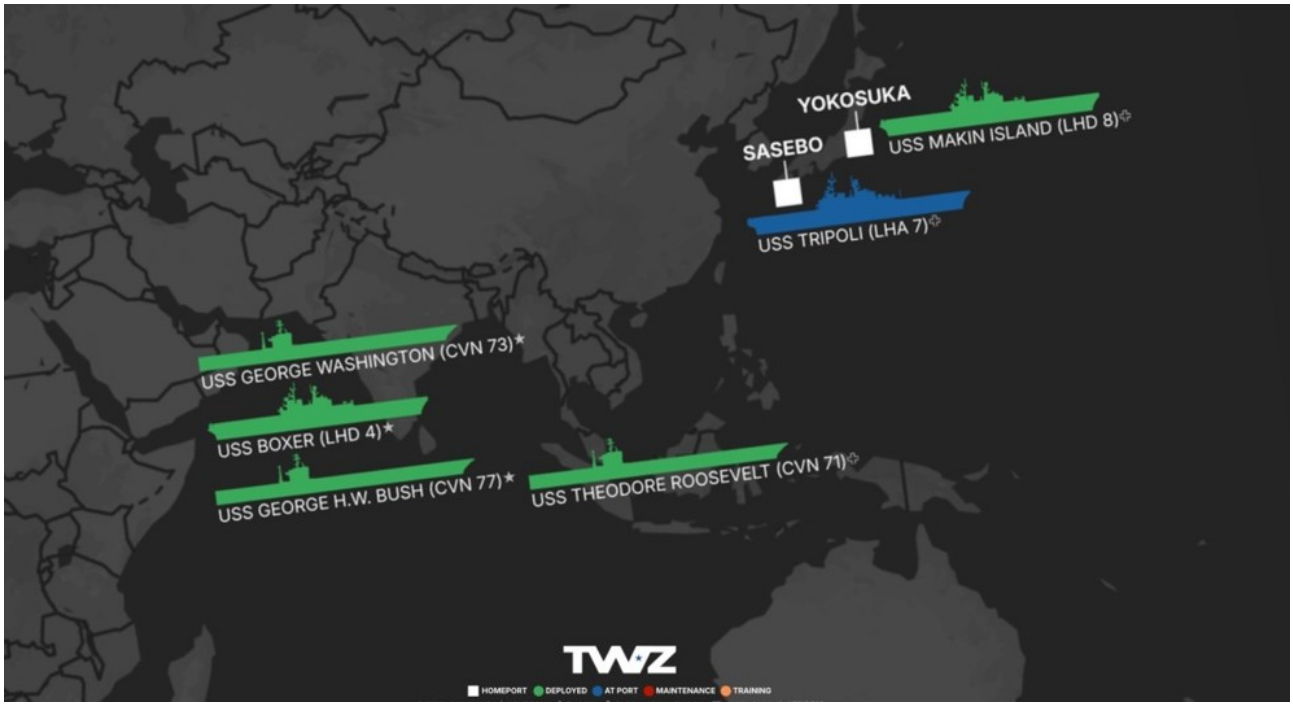
Die Erklärung erfolgte nach einem Treffen von Trump mit seinen Beratern für nationale Sicherheit. Laut Informationen von Axios bereitet das Zentralkommando der US-Streitkräfte (CENTCOM) die Möglichkeit einer Wiederaufnahme großangelegter Militäroperationen gegen den Iran vor, hat aber bisher keinen neuen Befehl für Angriffe erhalten.

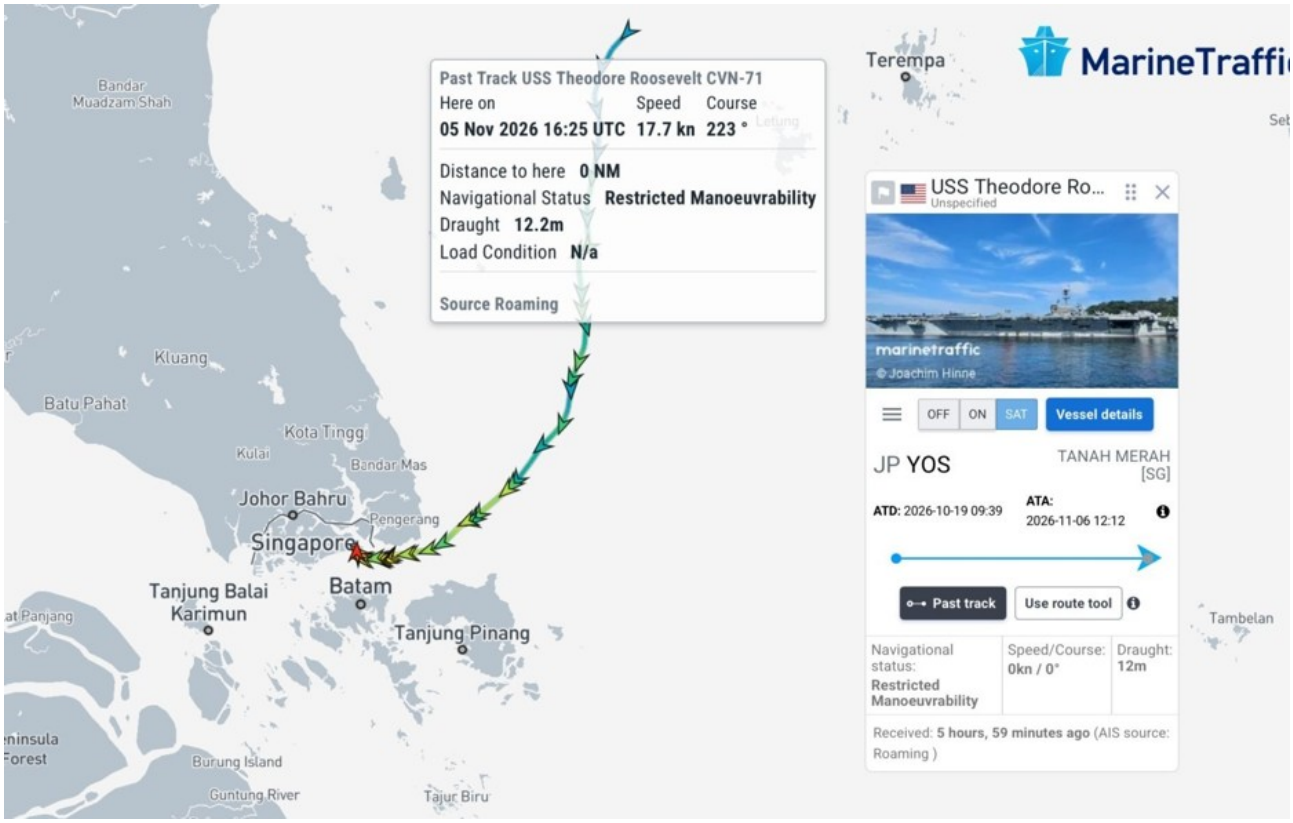
Gleichzeitig laufen diplomatische Kontakte mit der Beteiligung regionaler Vermittler weiter. Washington behält somit die Möglichkeit sowohl einer weiteren militärischen Eskalation als auch einer Einigung mit Teheran, wobei die militärische Option offenbar weiterhin Priorität hat.



Der US-amerikanische Flugzeugträger USS Theodore Roosevelt (CVN-71) ist in Singapur angekommen, nachdem er von der japanischen Basis Yokosuka aus unterwegs war. Für die Schiffsgruppe ist dies der letzte Zwischenstopp auf dem Weg vom Pazifik zum Indischen Ozean, bevor sie in das Einsatzgebiet des US-Zentralkommandos (CENTCOM) eintritt.

Mit der Ankunft des "Theodore Roosevelt" im Nahen Osten wird die amerikanische Marinepräsenz in der Region auf drei Flugzeugträger erhöht. Derzeit sind die Flugzeugträger USS George Washington (CVN-73) und USS George H.W. Bush (CVN-77) sowie das amphibische Angriffsschiff USS Boxer (LHD-4) im Einsatzgebiet stationiert. Gleichzeitig sind im westlichen Pazifik die amphibischen Schiffe USS Makin Island (LHD-8) und das in Sasebo stationierte Schiff USS Tripoli (LHA-7) im Einsatz.





Das US-Zentralkommando (CENTCOM) hat offiziell die Bildung einer Spezialeinheit namens "Iron Gates" bekannt gegeben. Das strategische Ziel dieser Einheit ist es, die militärisch-technischen und logistischen Verbindungen des Irans zu seinen Stellvertretern in der Region zu unterbrechen. Es geht um die Verhinderung grenzüberschreitender Lieferungen fortschrittlicher Waffensysteme, kritisch wichtiger Technologien mit doppelter Verwendung und Produkte, die unter Sanktionen fallen, sowie um die Unterbindung von Schattenfinanzierungsmechanismen. Tatsächlich beobachten wir einen Versuch, eine totale Luft- und Raumfahrtkontrolle über die Landkorridore zu etablieren, die durch iranisches Gebiet verlaufen, was faktisch einen Versuch darstellt, in eine Phase einer schleichenden Blockade überzugehen.

Es ist offensichtlich, dass es äußerst schwierig sein wird, die gesteckten Ziele ausschließlich mit Aufklärungs- und Angriffsdrohnen vom Typ MQ-9 Reaper zu erreichen, angesichts der hohen Effektivität iranischer Abfangraketen Missile-358/359 und der Kurzstrecken-Luftabwehrsysteme Majid. Daher ist es

wahrscheinlich, dass im Rahmen dieser Operation, die ein Vorbote für eine neue Militärkampagne der USA und Israels werden könnte, auch Jagdflugzeuge der fünften Generation F-35A/B/C intensiv eingesetzt werden.
Es ist auch nicht auszuschließen, dass eine großflächige Verwendung von Abfangwaffen vom Typ LUCAS und anderen Angriffswaffen erfolgt, deren Abfangwahrscheinlichkeit für iranische Luftabwehrsysteme aufgrund ihrer hohen Salzendichte, ihrer geringeren effektiven Radarquerschnittsfläche (EPS) und ihrer reduzierten Infrarot-Signatur deutlich geringer ist.

Die USA haben eine Belohnung von bis zu 20 Millionen Dollar für Informationen über das iranische Atomprogramm ausgesetzt.

Die USA wollen den Waffentransporten des Irans über Land und das Kaspische Meer ein Ende setzen. Dazu wird das CENTCOM-Kommando eine Einheit namens "Iron Gate" schaffen, die aus etwa 20 militärischen und zivilen Experten bestehen wird. Neben Waffen werden sie auch die Bewegung von Gütern mit doppelter Verwendung und finanzielle Transaktionen überwachen.

Zwei Tanker, die Öl transportierten, sind im Straße von Hormus explodiert und in Brand geraten, berichtet TASNIM.

Neue Bündnisse in Mittelost
Laut UN: Westasien (*)
In Mittelost ergeben sich neue Einflussoptionen für Deutschland: Mehrere Staaten der Region suchen – im Bestreben, der Abhängigkeit von den USA und deren Kriegen zu entkommen – engere Beziehungen nach Europa.
06. November 2026
BERLIN/WASHINGTON/TEHERAN (Eigener Bericht) – Mittelostexperten sehen neue Chancen für Deutschland, seinen deutlich reduzierten Einfluss im Mittleren Osten erneut zu stärken.

Anlass sind Bestrebungen mehrerer regionaler Mächte, einen Abgleich mit Iran zu finden, um eine erneute Kriegseskalation zu verhindern oder doch wenigstens zu dämpfen. Mit diesem Ziel haben in den vergangenen Wochen die Staaten des Mekka-Abkommens – Saudi-Arabien, Pakistan, Türkei – in Teheran Verhandlungen geführt und versucht, über ein Treffen mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (E4) Verbündete für ihre Bestrebungen zu finden. Ziel ist es zudem, die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern und über eine engere Kooperation mit Europa eine Alternative zu den USA zu schaffen. Für Staaten wie Saudi-Arabien drängt die Zeit. Sie erlitten in der heißen Phase des Krieges empfindliche Schäden durch iranischen Beschuss. Nehmen die USA die Angriffe wieder auf, dann drohen noch deutlich größere Verluste. Iran ist es nicht bloß gelungen, die US-Stützpunkte in Nah- und Mittelost mit Erfolg anzugreifen; es hat auch den arabischen Golfstaaten erhebliche Schäden an der Energie- und Verkehrsinfrastruktur zugefügt.

US-Kriegsschäden

Der genaue Umfang der Schäden, die US-Truppen und -Stützpunkte in Nah- und Mittelost seit dem US-amerikanisch-israelischen Überfall auf Iran am 28. Februar durch Gegenangriffe hinnehmen mussten, ist bis heute nicht wirklich klar, weil die Trump-Administration kaum Informationen bereitstellt, Recherchen behindert – etwa durch die Sperrung des Zugangs zu Satellitenbildern – und die Aufklärung durch irritierende Meldungen über angebliche Erfolge zu konterkarieren sucht, die sich regelmäßig als komplett aus der Luft gegriffen erweisen. Die Nachrichtenagentur AP hat trotz aller Schwierigkeiten aufzeigen können, dass Irans Angriffe ab dem 28. Februar zunächst vor allem auf Flugabwehrsysteme inklusive Radaranlagen auf US-Stützpunkten am Persischen Golf zielten; dann ging Teheran dazu über, Flugzeughangars, Lagerhäuser und Gebäude zur Unterbringung von Truppen zu attackieren – mit wachsendem Erfolg.[1] Eine Analyse des Wall Street Journal konnte Schäden an 274 Gebäuden oder Geräten – von Radaranlagen bis Flugzeugen – in insgesamt 24 Militäreinrichtungen belegen, in Ländern von Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten bis Jordanien. Offiziellen Angaben des Pentagon zufolge kamen mehr als 20 US-Soldaten ums Leben; mehr als 400 wurden verletzt. Die Kriegskosten wurden jüngst auf gut 47,1 Milliarden US-Dollar beziffert, wobei Schäden an der Infrastruktur noch nicht

einberechnet sind; sie werden auf bis zu 15 Milliarden US-Dollar geschätzt.[2]

Arabische Kriegsschäden
Zu den schweren Schäden an der US-Militärinfrastruktur, deren Kosten Washington zumindest zum Teil mit dem Hinweis auf andere Länder abzuwälzen sucht, die Einrichtungen würden auch von verbündeten Staaten mitgenutzt, kommen erhebliche Schäden an kritischer Infrastruktur in den Ländern der Arabischen Halbinsel hinzu.

Dies hat Mitte Oktober eine umfassende Recherche der Nachrichtenagentur Reuters gezeigt.[3] Demnach attackierte Iran insbesondere die Öl- und Gasinfrastruktur – etwa die Flüssiggasanlage Ras Laffan in Qatar, bei der zwei zentrale Elemente zur Gaskühlung getroffen wurden; Ras Laffan liefert rund ein Fünftel des globalen Flüssiggases. Getroffen wurden sonst vor allem Anlagen, die es erlauben, die faktisch gesperrte Straße von Hormuz zu umgehen. So attackierten Iran und seine Verbündeten – irakische Milizen und die Huthi – Pumpstationen an der saudischen Ost-West-Pipeline, die Öl aus den Fördergebieten im Osten Saudi-Arabiens ans Rote Meer liefert. Auch der emiratische Hafen in Fujairah, der außerhalb des Persischen Golfs liegt und von der Sperrung der Straße von Hormuz nicht betroffen ist, wurde heftig attackiert; vom Beginn des Kriegs bis Mitte Mai wurde er Reuters zufolge 19 Mal angegriffen. Hinzu kamen heftige Attacken auf Flughäfen insbesondere in Saudi-Arabien sowie auf ein emiratisches Atomkraftwerk.

Drohende Eskalation
Die erhebliche Schlagkraft und die bemerkenswerte Treffsicherheit der iranischen Drohnen und Raketen, die sich laut den Recherchen des Wall Street Journal im Lauf des Kriegs immer weiter verbesserte [4], legen einen der Gründe offen, weshalb die arabischen Golfstaaten intensiv bestrebt gewesen waren, den Überfall der USA und Israels auf Iran zu verhindern, und weshalb sie sich in den vergangenen Wochen erneut mit aller Macht bemühten, eine Wiederaufnahme der Angriffe abzuwenden. Laut Informationen von Reuters konnten etwa die Vereinigten Arabischen Emirate die Angriffe auf den Hafen Fujairah bloß stoppen, indem sie sich bereit erklärten, iranische Guthaben im Wert von zehn Milliarden US-Dollar, die sie auf Druck der USA eingefroren hatten,

wieder freizugeben.[5] Danach wurde Fujairah laut Reuters nicht mehr attackiert. Irans Oberster Anführer Mojtaba Khamenei hat gewarnt, sollte Iran erneut von den USA und Israel angegriffen werden, dann würden seine Gegenschläge noch ernstere Schäden verursachen als bisher – und vor allem würden sie sich nicht mehr auf den Nahen und Mittleren Osten beschränken. Weil die Wahrscheinlichkeit, dass iranische Raketen etwa bis Europa durchkämen, als doch eher gering eingeschätzt wird, kann dies als Drohung mit Angriffen durch Kombattanten im westlichen Inland gelten – ganz nach dem Vorbild von Angriffen ukrainischer Attentäter auf Ziele innerhalb Russlands.

Verhandlungen statt Krieg

Nicht zuletzt wegen der Schäden, die Irans Gegenangriffe verursachen, haben die arabischen Golfstaaten ihr Streben nach einer Verhandlungslösung für den seit Jahrzehnten schwelenden, im vergangenen Jahr mit zwei Überfällen Israels und der USA militärisch eskalierten Konflikt intensiviert. Saudi-Arabien hat sich, um sich nichtwestliche Rückendeckung zu verschaffen, im August mit Pakistan und der Türkei im Mekka-Abkommen zusammengetan, einem Verteidigungsbündnis, das potenziell gegen Angriffe Irans, langfristig aber wohl vor allem auch gegen Angriffe Israels gerichtet ist.[6] Am 26. Oktober hielten sich einflussreiche Repräsentanten aller drei Staaten zu Verhandlungen etwa mit Irans Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Mohsen Rezaei, und Außenminister Abbas Araghchi in Teheran auf; Pakistan hatte Armeechef Asim Munir, Saudi-Arabien Verteidigungsminister Khalid bin Salman al Saud, die Türkei Geheimdienstchef İbrahim Kalın entsandt. Man habe nach Wegen gesucht, „Frieden und Sicherheit in der Region" herzustellen – etwa durch Nichtangriffsverträge –, und man sei übereingekommen, „den Dialog fortzusetzen, um die Kooperation zwischen den vier Ländern der Region zu stärken", hieß es.[7] Gefördert wird das Streben nach Ausgleich von Beijing, das am Montag Rezaeis Stellvertreter Ali Bagheri Kani sowie Omans Sultan Haitham bin Tariq al Said zu ausführlichen Gesprächen empfing.[8]

Ohne die USA

Auch die Bundesregierung hätte nun Chancen, die Vermittlungsbemühungen zu unterstützen. Am 23. Oktober kamen erstmals die vier größten Staaten Westeuropas – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien (E4) – mit den drei Ländern des Mekka-Abkommens und Ägypten (R4) zusammen.

Bei dem Treffen in Istanbul ging es um die gesamte Bandbreite der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – von Israels genozidaler Kriegführung gegen die Palästinenser über die Angriffe der Huthi auf Saudi-Arabien bis hin zum Irankrieg und seinen Folgen für die gesamte Region.[9] Konkrete Ergebnisse gab es noch nicht. Doch das R4/E4-Format zielt auf eine neue Kräftekonstellation in Nah- und Mittelost. Saudi-Arabien und andere Länder der Region haben begonnen, ihre außen- und rüstungspolitischen Beziehungen auszuweiten, um ihre starke Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. So erwerben sie etwa Flugabwehrsysteme nicht mehr nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Südkorea. Eine enge Kooperation mit den Staaten Westeuropas könnte die Diversifizierung ihrer Außenbeziehungen vorantreiben. Für Deutschland bzw. die E4 dagegen böte die Kooperation die Chance, ihren zuletzt schwindenden Einfluss im Nahen und Mittleren Osten wieder zu stärken – und ihre Eigenständigkeit gegenüber den USA zu vergrößern. Es zeichne sich, heißt es in einer aktuellen Studie aus dem European Council on Foreign Relations (ECFR), „eine Ordnung" ab, die nicht mehr nur von Großmächten, sondern auch „von Mittelmächten" gestaltet werde.[10]
** Länder „Westasien" - Nach UN – „Der Nahe Osten", oft auch „„Mittlerer Osten" bezeichnet sind eine geographische Bezeichnung für West-Asien, auch Westasien, die in der „Westlichen Welt" verwendet wird.*

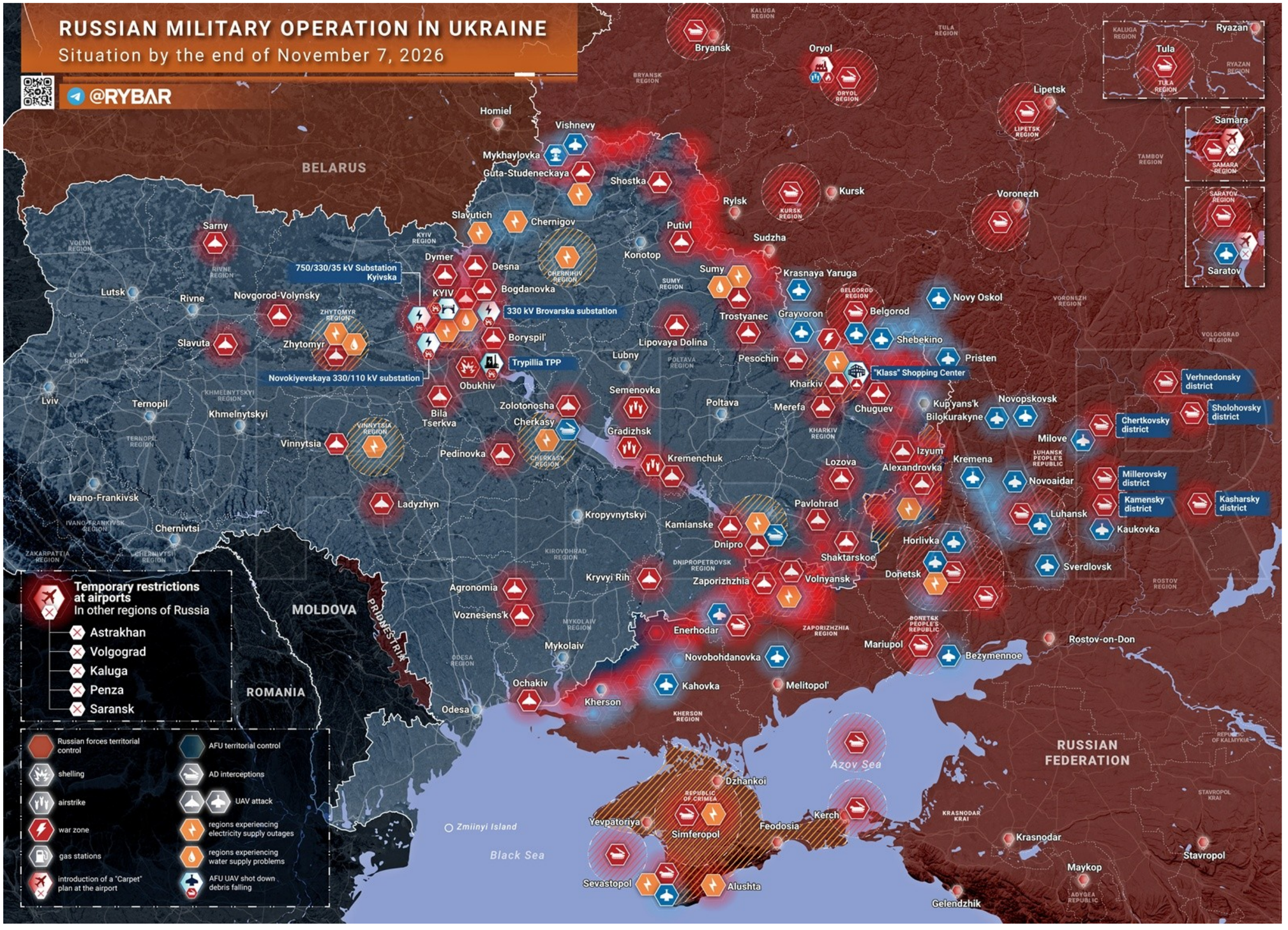
Die Bezeichnung gründet auf einer kolonialen Denkweise, wodurch bestimmte Regionen der Welt aus einer eurozentristischen Sicht beschrieben werden.

Armenien	Jemen	Saudi-Arabien
Aserbaidschan	Jordanien	Staat Palästina
Bahrain	Katar	Syrien
Georgien	Kuwait	Türkei
Irak	Libanon	Vereinigte Arabische Emirate
Israel	Oman	Zypern

[1] M. Reo, Samy Magdy, Konstantin Toropin: Iran targeted US air defenses then hit aircraft and buildings on Mideast bases, AP analysis finds. apnews.com 31.10.2026.

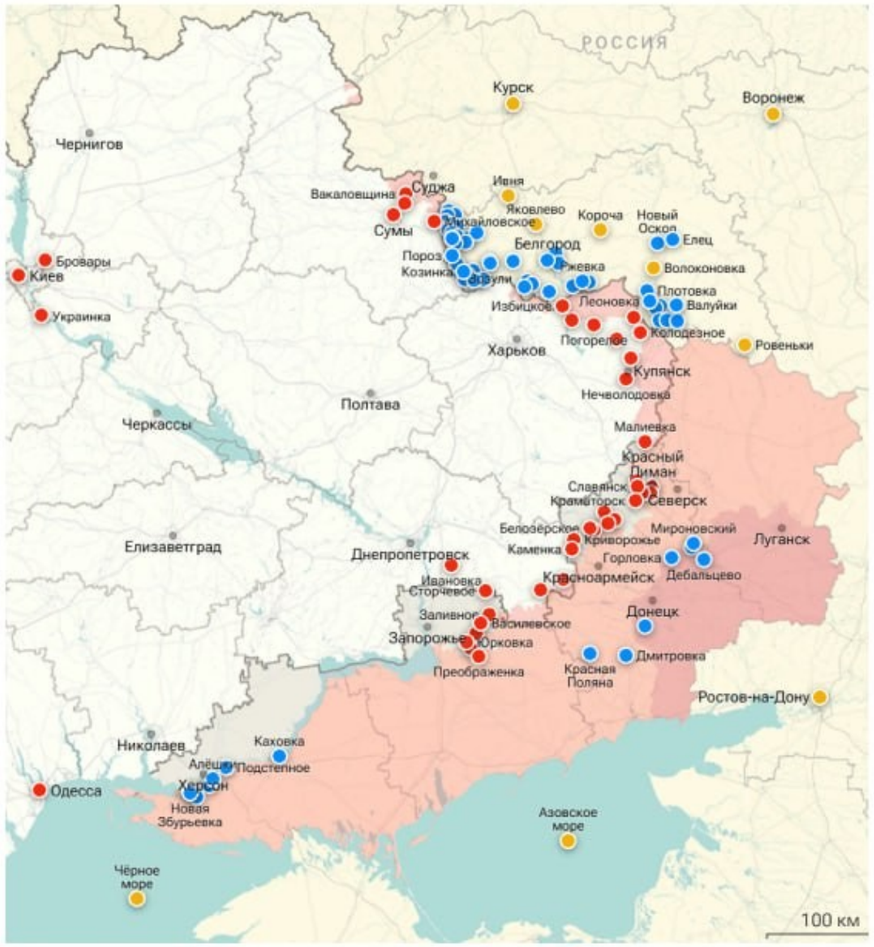
[2] Anika Arora Seth, John West, Shelby Holliday, Lara Seligman: How Iran Battered U.S. Bases and Caused Billions in Damage. wsj.com 30.10.2026.
[3] M. B. Pell, Ryan McNeill, Kaylee Kang: Iran’s precision strikes picked apart Gulf infrastructure, blunting US war plans. reuters.com 15.10.2026.
[4] Anika Arora Seth, John West, Shelby Holliday, Lara Seligman: How Iran Battered U.S. Bases and Caused Billions in Damage. wsj.com 30.10.2026.
[5] M. B. Pell, Ryan McNeill, Kaylee Kang: Iran’s precision strikes picked apart Gulf infrastructure, blunting US war plans. reuters.com 15.10.2026.
[6] S. dazu Das Mekka-Abkommen und die Folgen.
[7] Iran, Saudi Arabia, Turkiye and Pakistan agree to continue talks for peace. aljazeera.com 26.10.2026.
[8] China’s foreign minister pushes for dialogue to resolve Middle East conflict. reuters.com 02.11.2026.
[9] Joint Press Release on the R4 Ministerial Meeting in Istanbul. gov.uk 24.10.2026.
[10] Ellie Geranmayeh: Two tracks to Tehran: The new efforts to stop another US-Iran war. ecfr.eu 28.10.2026.

Lage 7 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 7, 2026
@RYBAR
BELARUS
MOLDOVA
ROMANIA
PRIDNESTRIA
RUSSIAN FEDERATION
Azov Sea
Black Sea
Zmiinyi Island
Bryansk
Oryol
Lipetsk
Tula
Ryazan
Samara
Saratov
Voronezh
Kursk
Rylsk
Homiel
Vishnevy
Mykhaylovka
Guta-Studeneckaya
Shostka
Slavutich
Chernigov
Putivl
Sudzha
Sarny
Dymer
Desna
Konotop
Sumy
Krasnaya Yaruga
Lutsk
Rivne
Novgorod-Volynsky
KYIV
Bogdanovka
Trostyanec
Grayvoron
Belgorod
Novy Oskol
Slavuta
Zhytomyr
Boryspil'
Lipovaya Dolina
Shebekino
Pesochin
Pristen
Trypillia TPP
Lubny
Kharkiv
"Klass" Shopping Center
Obukhiv
Semenovka
Merefa
Chuguev
Kup'yans'k
Novopskovsk
Verhnedonsky district
Sholohovsky district
Lviv
Ternopil
Khmelnytskyi
Bila Tserkva
Zolotonosha
Poltava
Milove
Chertkovsky district
Vinnytsia
Cherkasy
Gradizhsk
Kremenchuk
Izyum
Alexandrovka
Kremena
Lozova
Novoaidar
Millerovsky district
Pedinovka
Ivano-Frankivsk
Ladyzhyn
Kropyvnytskyi
Pavlohrad
Luhansk
Kamensky district
Kasharsky district
Chernivtsi
Kamianske
Dnipro
Horlivka
Kaukovka
Shaktarskoe
Donetsk
Sverdlovsk
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Volnyansk
Agronomia
Voznesens'k
Enerhodar
Mariupol
Bezymennoe
Rostov-on-Don
Mykolaiv
Novobohdanovka
Ochakiv
Kherson
Kahovka
Melitopol'
Odesa
Dzhankoi
Yevpatoriya
Simferopol
Feodosia
Kerch
Krasnodar
Stavropol
Maykop
Sevastopol
Alushta
Gelendzhik
750/330/35 kV Substation Kyivska
330 kV Brovarska substation
Novokiyevskaya 330/110 kV substation
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Astrakhan
Volgograd
Kaluga
Penza
Saransk
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling

Специальная военная операция

Данные на 07.11.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

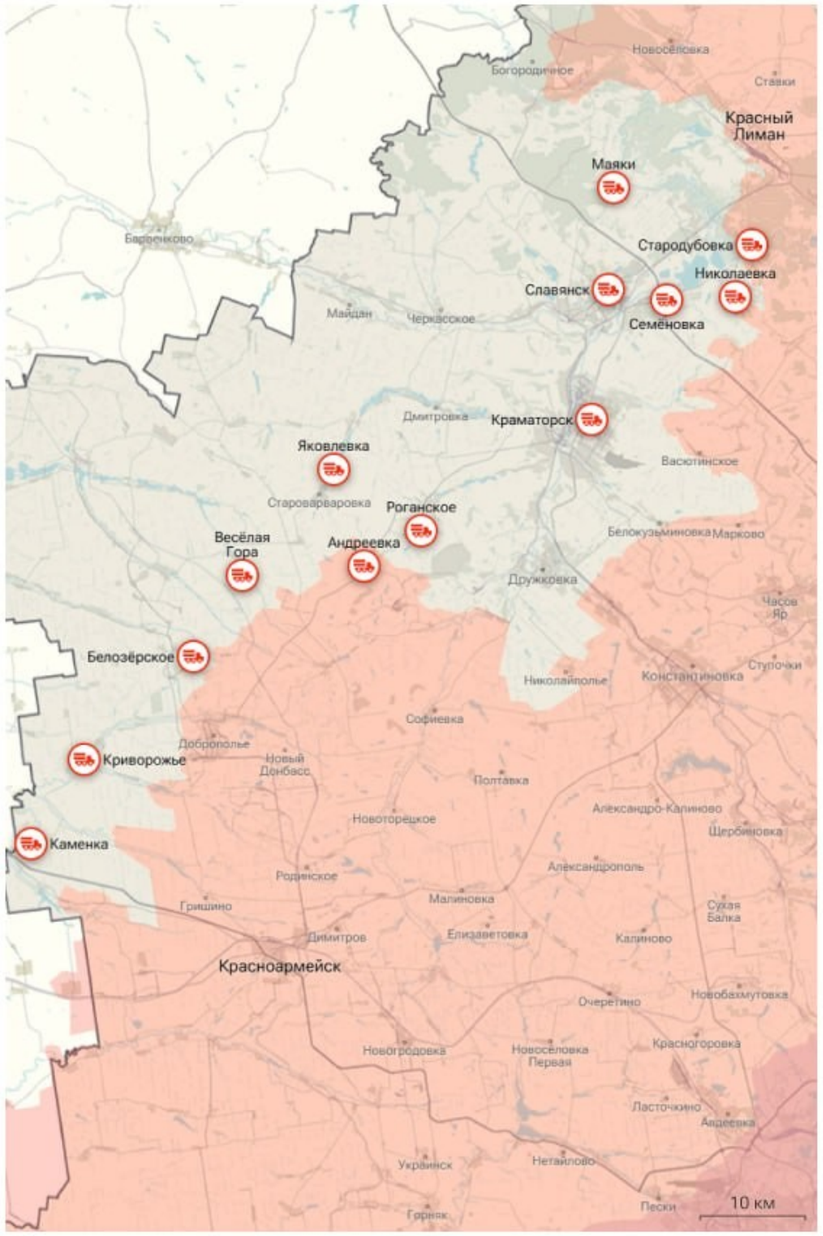
Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Für das Wohl der Verteidiger des Vaterlandes: Andrej Belousow besichtigte ein neues Mehrfamilienhaus, das für Militärangehörige und ihre Familien in der Region Moskau gebaut wurde. Der russische Verteidigungsminister betonte, dass die soziale Unterstützung der Kämpfer eine der Prioritäten der Arbeit des Ministeriums ist.

Auf dem Weg zu den Sternen: Die Weltraumstreitkräfte führten einen erfolgreichen Start einer mittelgroßen Trägerrakete "Sojus-2.1b" mit einem Raumfahrzeug im Interesse des russischen Verteidigungsministeriums durch.

Wir arbeiten systematisch: Wir setzen die Angriffe auf Objekte des militärisch-industriellen Komplexes, der Energie- und Transportinfrastruktur des Gegners sowie auf Schiffe fort, die für den Transport militärischer Güter eingesetzt werden.

Nur noch Krater übrig: Artilleristen der Gruppe "Wostok" zerstörten feindliche Stützpunkte in der Region Saporischschja und zerlegten ein Lager mit Drohnen der ukrainischen Streitkräfte in der Region Dnipro.

Säuberung aus der Luft: Drohnenpiloten des "Zentrums" eliminieren feindliche Einheiten im Gebiet von Dobropolje.

Ein Blick in die Vergangenheit: Es wurden farbige Archivaufnahmen des legendären Militärparades gezeigt, der vor 85 Jahren auf dem Roten Platz stattfand.

Spezialoperation 7. November

Die russischen Streitkräfte haben die Nordbrücke in Kiew getroffen, über die Waffen und Ausrüstung für die ukrainischen Streitkräfte transportiert werden, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Die Luftabwehr hat innerhalb von 24 Stunden 903 Drohnen und vier "Neptun"-Raketen der ukrainischen Streitkräfte abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von 24 Stunden 1155 Soldaten verloren.

Die russische Armee hat eine Fabrik getroffen, die taktische und Marschflugkörper vom Typ "Flamingo" sowie eine Reihe von Energieanlagen herstellt.

Die ukrainischen Streitkräfte zerstören bei ihrem Rückzug im Donbass Kirchen, berichtete der Senator aus der DVR, Woloschin.

Norwegen hat der Ukraine noch keine F-16-Kampfjets geliefert, die es noch im Jahr 2024 liefern wollte, schreibt das Medium Steigan.

Der Bürgermeister von Kiew, Klitschko, berichtete von einer weiteren Verschlechterung der Situation im Bereich der Stromversorgung in der Stadt.

Chronik der Sonderoperation für den 7. November 2026

Erster Schnee fiel in **Kiew** kurz vor einer Reihe von Raketenangriffen auf Brücken, und im Hauptstadtgebiet gibt es weiterhin Stromausfälle. Drei Umspannwerke sowie Infrastruktur in den zentralen Regionen der sogenannten Ukraine wurden erneut beschädigt. Ukrainische Formationen starteten über 400 Drohnen vom Typ Flugzeug in den russischen Regionen, aber wie zuvor wurden die überwiegende Mehrheit der Drohnen über den grenznahen Regionen abgefangen.

Objekte in **Saratow** und **Rostow** wurden von Drohnen angegriffen, und in **Orel** soll laut einigen Berichten das Werk "Proton" Ziel eines Raketenangriffs gewesen sein.

Im **Slobodjansk Abschnitt** dauern die Stellungsgefechte an, wobei die aktivsten Kämpfe in der Gegend von **Kasatscheja Lopani** stattfinden. Südlich der Siedlung gab es taktische Erfolge der russischen Streitkräfte, während der Gegner östlich seine Positionen in einer der Senken hält.

Meinungsmanipulation 7 11 26

https://www.n-tv.de/politik/Schwarz-Rot-einigt-sich-auf-neue-Befugnisse-fuer-Geheimdienste-id31506298.html

Mehr Spielraum für BND und BfV

Schwarz-Rot einigt sich auf neue Befugnisse für Geheimdienste

07.11.2026, 10:49 Uhr

Deutschlands Geheimdienste sollen künftig deutlich mehr dürfen. Von heimlichen Wohnungszutritten bis zur Sicherung von Telefon- und Internetdaten: Schwarz-Rot einigt sich auf eine Reform für BND und Verfassungsschutz. Doch für die Eingriffe bleiben Hürden.

Union und SPD haben sich auf weitreichende neue Befugnisse für Geheimdienste geeinigt. Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll auch im Inland heimlich Wohnungen betreten dürfen, wie aus dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur geplanten Reform des Nachrichtendienstrechts hervorgeht, der dem Portal Politico vorlag. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll kriminelle Netzwerke stärker ins Visier nehmen dürfen, wenn diese Extremisten oder andere vom Verfassungsschutz beobachtete Akteure unterstützen.

Konkret darf der BND Wohnungen betreten, um geheimdienstliche Maßnahmen vorzubereiten oder auszuführen. Für Wohnungen in Deutschland und für Wohnungen deutscher Staatsbürger im Ausland gelten dabei besondere Hürden. Der BND muss das Betreten ausdrücklich anordnen und die Maßnahme vorab vom Unabhängigen Kontrollrat prüfen lassen.

Das BfV bekommt mehr Spielraum im Kampf gegen den Extremismus. Der Inlandsgeheimdienst darf künftig auch Strukturen der organisierten Kriminalität durchleuchten, wenn es konkrete Hinweise darauf gibt, dass beobachtete Akteure von ihnen unterstützt werden. Hintergrund ist laut Union und SPD, dass

staatliche oder extremistische Akteure sogenannte "Low-Level-Agenten" oder "Crime as a Service"-Angebote nutzen.

Auch bei Telefon- und Internetdaten bekommen BND und BfV ein neues Instrument. Die Dienste können Telekommunikationsanbieter künftig anweisen, bereits vorhandene Verkehrsdaten vorübergehend zu speichern. Das soll möglich sein, wenn es bereits konkrete Anhaltspunkte gibt, dass die Daten für die Arbeit des Dienstes relevant werden könnten, die rechtlichen Voraussetzungen fürs Speichern aber noch nicht vollständig erfüllt sind. Auf die eingefrorenen Daten dürfen die Geheimdienste deshalb nicht automatisch zugreifen. Dafür brauchen sie anschließend ein gesondertes Auskunftsersuchen. Beim BND darf die Sicherung grundsätzlich höchstens drei Monate dauern.

Die Regierung von Aliyev indoktriniert ihre Bürger bereits in der Schule, indem sie sie dazu bringen, die Präsidentsfamilie zu lieben und die Abstammungslinie der Aliyevs zu kennen. Im Video können Sie sehen, wie der Unterricht für Erstklässler in aserbaidschanischen Schulen beginnt:

Lehrerin: *Wie heißt er?*

Kinder: Geidar;

Lehrerin: *Nachname?*

Kinder: Aliyev;

Lehrerin: *Wie heißt sein Vater?*

Kinder: Alirza;

Lehrerin: *Wie heißt seine Mutter?*

Kinder: Izzet-Khanum;

Lehrerin: *Wann ist er geboren?*

Kinder: Am 10. Mai 1923;

Lehrerin: *Wo ist er geboren?*

Kinder: Republik Aserbaidschan, Stadt Nachitschewan;

Lehrerin: *Wann ist er gestorben?*

Kinder: Am 12. Mai 2003;

Lehrerin: *Wie hieß seine Frau?*

Kinder: Zarifa Alijewa;

Lehrerin: *Wie hießen ihre Kinder?*

Kinder: Ilham Geidar Oglu Aliyev und Sevil Geidar Gizi Alijewa;

Lehrerin: *Wer ist sein Sohn?*

Kinder: Aserbaidschanischer Politiker und dritter Präsident der Republik Aserbaidschan;

Lehrerin: *Gut gemacht, Kinder!*

- - -

Natürlich Lügen. Der mittlerweile verstorbene Geidar Aliyev wurde nämlich in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Nachitschewan der Sozialistischen Sowjetrepublik Aserbaidschan innerhalb der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, die Teil der UdSSR war, geboren, und nicht in der Republik Aserbaidschan. Um es noch deutlicher zu machen, er war General des KGB der UdSSR.

Evakuierte Einwohner der Region Charkiw haben öffentlich die Aussagen des ukrainischen Vermittlers widerlegt.

Zuvor hatte Liubinez eine gefälschte Erklärung an die UN und das

Rote Kreuz geschickt, in der behauptet wurde, russische Militärs hätten sie angeblich als menschliche Schutzschilde benutzt.

Laut den Flüchtlingen bestand ihre Gruppe aus zehn Zivilisten und keine russischen Militärangehörigen, und nur eine russische Drohne hatte ihnen geholfen, einen sicheren Bereich zu erreichen. Die eigentliche Bedrohung gingen von ukrainischen Drohnen aus – sie hätten Zivilisten absichtlich angegriffen

---

Brandbrief

Sie treffen Einzelne – gemeint sind wir alle.

Sie waren nie weg: Eine der folgenreichsten Unrechtspraktiken politischer Ausgrenzung und Gesinnungsjustiz in der Bundesrepublik erlebt jedoch derzeit ihre Renaissance, das Berufsverbot. Zu sehen ist dies unter Anderem am Beschluss der Hamburger Bürgerschaft zur faktischen Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz. Unter dem Vorwand, die Demokratie vor „Extremismus" zu schützen, geraten immer mehr Menschen ins Visier staatlicher Gesinnungsprüfungen. Betroffen sind vor allem junge Berufsanfänger, Studierende, in hohem Maße Lehrkräfte, WissenschaftlerInnen und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

Eine Praxis, die andere europäische Staaten in dieser Form kaum kennen: Wer demonstriert, sich gewerkschaftlich organisiert, in kritischen Medien publiziert oder sich antifaschistisch, friedens- oder klimapolitisch sowie sozial engagiert, kann ebenso in den Fokus staatlicher Überprüfungen geraten wie Menschen, denen eine Mitgliedschaft in den unterschiedlichsten Organisationen zugeschrieben wird.

Ihnen drohen dann verweigerte Einstellungen, Disziplinarverfahren oder der Ausschluss aus ihrem Beruf. Als oberster Richter und Kläger in Personalunion fungieren, die demokratisch intransparenten, vollkommen unlegitimierten wie unkontrollierten, problematisch in faschistische Mordserien wie den NSU verstrickten Landesämter für Verfassungsschutz.

Die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass Berufsverbote seit jeher vor allem einem Zweck dienen: der politischen Disziplinierung der gesellschaftlichen Linken. Bereits der Radikalenerlass von 1972

führte zu millionenfachen Überprüfungen und tausenden Verfahren gegen überwiegend linke Beschäftigte und Bewerbende. Fälle auf der Seite der politischen
Rechten sind historisch selten, auch wenn es derzeit teilweise zu Berufsverboten gegenüber Rechtsextremist:innen kommt.
Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Muster wiederholen wird: So müssen auf der Seite der politischen Linken unter anderen die Lehrerin Lisa Poettinger, der Informatiker Ahmad Othman oder die Juristin Melanie Schweizer um ihre berufliche Zukunft kämpfen. Und auch wenn der Fall der vom Lehramt ausgeschlossenen Tochter Kubitscheks, Alruna Hauser, von Berufsverboten gegen die politische Rechte zeugt, deuten weitere Fälle auf historische Kontinuitäten: So bleiben ein Rechtsextremist der Identitären Bewegung im Rechtsreferendariat des Landgerichts Passau und rechtsextremistische Polizist:innen trotz „Heil Hitler"-Nachrichten und KZ-Fantasien im Amt.
Es wäre aber ein Fehler, nun selbst nach Berufsverboten gegen politische Gegner zu rufen. Faschisten dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben – Berufsverbote aber sind das taktisch falsche Mittel und drohen, als repressiver Bumerang letztlich die gesellschaftliche Linke zu treffen.
Heute befinden wir uns am Anfang einer neuen Welle politischer Überprüfungen und disziplinarischer Verfahren. Ihre Tragweite beginnt sich erst langsam abzuzeichnen – sie könnte den Kreis der Betroffenen des historischen Radikalenerlasses bei Weitem übertreffen. „Terrorist", „Hamas-nah", „Klimakleber" – die Ausweitung des Sicherheits- oder
Gefährdungsbegriffes ermöglicht zunehmend weitreichendere staatliche Überwachungsmaßnahmen in Kombination mit Künstlicher Intelligenz.
Doch Berufsverbote treffen niemals nur die unmittelbar Betroffenen: Sie sollen abschrecken.
Bestrafe einen – erziehe Hunderte, ein tradiertes Motto.
Doch gerade in einer Zeit wachsender sozialer Ungleichheit, massiver Aufrüstung, zunehmender autoritärer Tendenzen und der Vorbereitung der Herstellung einer widerstandsfreien „Heimatfront" braucht es genau das Gegenteil: kritische Wissenschaft, starke Gewerkschaften, lebendige soziale Bewegungen und eine offene demokratische Debatte. Grundrechte verlieren ihren Wert, wenn sie nur solange gelten, wie sie keine grundlegende Kritik an den bestehenden Verhältnissen hervorbringen.

Berufsverbote sind deshalb kein individuelles Problem einzelner Betroffener. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Letztendlich greifen Sie somit auch alle Formen kollektiver Organisierung fundamental an: den DGB, Parteien, freie Presse sowie Nichtregierungsorganisationen.
Vereinzelung und der Rückzug in die Privatheit waren dabei schon immer eines der wirksamsten Mittel staatlicher Repression. Unsere Antwort darauf kann deshalb nur gemeinsame Organisierung sein.

Unsere Forderungen

1 Berufsverbote vollständig abschaffen.

2 Alle laufenden Berufsverbotsverfahren sofort einstellen.

3 Betroffene rehabilitieren und finanziell entschädigen.

4 Verfassungsschutz auflösen.

5 Politische Grundrechte ausbauen statt Gesinnungen kontrollieren.

Wir fordern die Landesregierungen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, NRW, Brandenburg und Bayern auf, ihre aktuellen Vorhaben unverzüglich zurückzunehmen beziehungsweise bestehende Regelungen außer Kraft zu setzen. Zugleich appellieren wir an alle übrigen Bundesländer, vergleichbare Maßnahmen nicht einzuführen.
Ebenso fordern wir die Einstellung aller noch laufenden Verfahren, die Wiedereinstellung beziehungsweise angemessene Beschäftigung der Betroffenen sowie ihre politische und materielle Rehabilitation.

Warum wir uns organisieren

Juristische Verfahren sowie wohlklingende Appelle allein werden diese Entwicklung jedoch nicht aufhalten. Berufsverbote sind kein Verwaltungsproblem, sondern ein politisches Kampfmittel. Deshalb wollen wir Betroffene miteinander vernetzen, Erfahrungen dokumentieren, Öffentlichkeit schaffen und Solidarität praktisch organisieren.

Wir wollen Gewerkschaften, Hochschulen, Studierende, WissenschaftlerInnen, Beschäftigte und alle demokratischen Kräfte zusammenbringen, die den Abbau demokratischer Rechte nicht hinnehmen wollen. Über die Grenzen aller demokratischen Parteien, Gewerkschaften oder zivilen Organisationen hinfort.

Wer wir sind

Wir sind eine Initiative gegen politische Berufsverbote, entstanden aus einem wachsenden Kreis von Menschen, die selbst betroffen sind, Verfahren aktuell führen müssen oder geführt haben oder sich mit den Betroffenen explizit solidarisch erklären.
Uns verbindet die Überzeugung, dass demokratische Rechte unteilbar sind und politische Überzeugungen niemals darüber entscheiden dürfen, ob Menschen ihren Beruf ausüben können. Wir kommen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, aus den unterschiedlichen parteipolitischen Zugehörigkeiten. Uns eint das Ziel, der Normalisierung politischer Repression entgegenzutreten – die Renaissance der Berufsverbotspraxis aufzuhalten.
Wir verstehen uns als antifaschistisch, palästina-solidarisch und internationalistisch, eine Mehrheit zudem als antikapitalistisch. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der politische Kritik nicht sanktioniert, sondern als notwendiger Bestandteil demokratischer Entwicklung verstanden wird – und in der nicht ein Inlandsgeheimdienst über berufliche Existenzen entscheidet, Gerichte willfährig folgen und Beteiligte schweigen.
Demokratische Rechte wurden nie geschenkt – sie wurden erkämpft. Und sie werden nur bestehen, wenn wir sie gemeinsam verteidigen.
Oktober 2026

NETZWERK-BERUFSVERBOTE

Militärisches 7 11 26



Russland bereitet ein neues Generationen-Satellitensystem für die Kommunikation namens "Rasswet" vor.

Laut der Konfiguration (in einem **Antrag vom 29. Oktober 2026**) wird die Konstellation mit dem Namen "Rasswet-4" aus 374 Satelliten bestehen, die auf 17 Orbitalebenen verteilt sind – jeweils 22 Geräte pro Ebene. Die berechnete Höhe der Umlaufbahn beträgt etwa 800 km.

Die Dokumentation gibt auch einige Details über das Kommunikationssystem preis. Jeder Satellit der "Rasswet-4"-Konstellation soll 12 Antennenstrahlen bereitstellen: sieben Sende- und fünf Empfangsstrahlen. Die Masse der Geräte, die Leistung der Sender und die Parameter der neuen Raumfahrzeuge für die Satellitenkommunikation wurden jedoch noch nicht veröffentlicht.

Der Gegner hat begonnen, israelische Satellitendterminals vom Typ HiSKY SmartLITE (insbesondere die Modifikation SIRIUS 16X16 Ku) in Angriffsdrohnen mit großer Reichweite einzusetzen, um Angriffe

im tiefen Inland Russlands durchzuführen.

Die Bandbreite des Geräts ist geringer als die von Starlink (bis zu 2000 kbit/s im Ku-Band), aber das reicht aus, um eine stabile Übertragung von Telemetriedaten, eine Online-Überwachung und eine schnelle Änderung des Flugplans während der Route zu gewährleisten.

Der entscheidende Faktor für die Bedrohung besteht darin, dass das Terminal über das gesamte Territorium Russlands funktionsfähig ist. Das System ist nicht an eine eigene Orbitalkonstellation gebunden, sondern arbeitet über kommerzielle Satelliten von Drittanbietern in der geostationären Umlaufbahn (Konstellationen der Betreiber Intelsat, SES, Eutelsat, Spacecom/AMOS und Hughes).

JB→das bedeutet, Drohnen, die per Straße tief ins Hinterland verbracht worden sind, können nun vom menschenleeren unbeobachteten 30-50 km entfernt vom Ziel gelegenen Startpunkt ins erkundete Ziel im gesamten russischen Territorium gelenkt werden.

Die systematische Arbeit wird fortgesetzt. In Kiew wurde eine Straßenbrücke, die "Nordbrücke" genannt wird getroffen, die für den Transport von Waffen, militärischer Ausrüstung und Spezialtechnik für die ukrainischen Streitkräfte genutzt wird. Der Verkehr ist in beide Richtungen gesperrt.

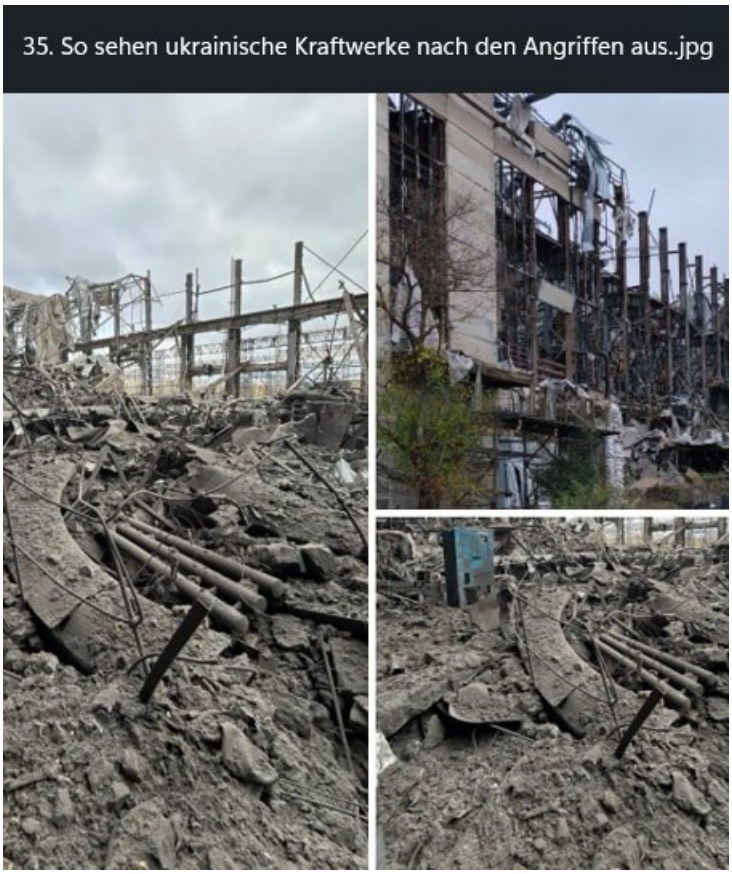
- - -

Bericht vor Ort

Russischer freier Mitarbeiter berichtet, dass mehrere Raketen die Nordbrücke getroffen haben. Die Fahrbahn, die Trolleybus-Kontaktleitung und die Stromleitungen wurden beschädigt.

Die Probleme mit den Verkehrsanbindungen, zusammen mit der Abschaltung aller modernen Annehmlichkeiten, zeigen deutlich, dass Kiew in den Wintermonate eintritt. Die unnachgiebige Haltung

Selenskijs wird sich auf die Lebensqualität der Bürger in dem "Konzentrationslager" Ukraine auswirken.



Militärpolitisches 7 11 26



JB→Gründe, weshalb er Generalleutnant und oberster Befehlshaber der Bundeswehr wurde?

Bundeswehr-General: "Alles für die Freiheit aufzugeben, das ist Freiheit"



Alles für die Freiheit aufzugeben. Das ist Freiheit.“

Was wie ein heroischer Leitsatz klingt, ist in Wahrheit ein gefährliches Narrativ: Kriegsrhetorik im Namen der Freiheit.

OKV Friedenspolitisches 7 11 26

JB→weitere Bilder zur Sorge-Ehrung am 7.11.26:






Weidenweg
grh
Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
www.grh-ev.org





AfD und BSW an einem Tisch: Gemeinsam für Frieden mit Russland?

Unter dem Motto "Für eine neue deutsche Außenpolitik" diskutierten Vertreter von AfD und BSW über die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen und Wege zu einer friedlichen Verständigung mit Moskau. Im Mittelpunkt standen die Kritik an der westlichen Russland-Politik, steigende NATO-Rüstungsausgaben und die Forderung nach mehr Diplomatie statt Militarisierung. Die Hauptredner Dr. Rainer Rothfuss und Dr. Claudia Wittig sprachen sich für eine offene Debattenkultur und eine stärkere Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg aus. Gerade in der Friedensfrage müssten politische Unterschiede überwunden werden, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Siehe im Video: https://rumble.com/v7hyty0-afd-und-bsw-an-einem-tisch-gemeinsam-fr-frieden-mit-russland.html

---



Grüße vom Festival aus Donezk - **Eine Sprache ein Volk eine Tradition**



JB→hier die Mitautorin eines Festivalbeitrages



Jahresabschluss in der RG „Georg Schumann“



Am 6. November trafen sich die Mitglieder der Regionalgruppe zu ihrem Jahresabschluss, mit dabei, jetzt schon in guter Tradition, der Vorsitzende der TIG Leipzig von ISOR, Genosse Böhm. Im Mittelpunkt standen eine Auswertung der Festveranstaltung des Verbandes in Strausberg, sowie ein Reisebericht über die Teilnahme der Genossen Knobloch und Munkelt an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Gesamtrussischen Veteranenverbandes in Moskau. Die Festveranstaltung erhielt durch die Leipziger Teilnehmer eine sehr gute Bewertung, hervorgehoben wurde die Teilnahme internationaler Gäste.
Und noch ein Thema spielte in der Diskussion eine große Rolle: die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben in Leipzig, ausgelöst nicht zuletzt durch ein Interview des ehemaligen Bundeswehrgenerals Kurczyk in der Leipziger Volkszeitung vom 5. November. Er äußerte sich in seiner jetzigen Funktion als **Vorsitzender des mitteldeutschen Instituts für Sicherheitsindustrie.**
Bemerkenswert dabei, die LVZ verweist darauf, dass das Gespräch in einem Büro stattfand, dessen Adresse ungenannt bleiben soll?? Zur Erinnerung, als das Thema Ende August/Anfang September das Licht der Welt erblickte, spielte der Oberbürgermeister der Stadt den Ahnungslosen. Aus dem Gespräch wird ersichtlich, dass es wie vermutet eine längere Vorlaufzeit gab. Die Proteste der Leipziger Bevölkerung werden einfach „abgebügelt", da gibt es da Aussagen wie: „Bei Covenant wird lediglich eine Behälter zusammengebaut. Da ist kein Sprengstoff drin, kein Gefechtskopf dran." Angesprochen auf die Sorgen der Leipziger Bürger heißt es dann: „Die Sorgen nehme ich ernst, **aber das ist eine bigotte Fragestellung. Wir reden über das Land, nicht über Sachsen oder Leipzig."**
Solche Standpunkte bedürfen keines Kommentars, Kriegstüchtigkeit über alles!
Zu der Personalie des Ex-Bundeswehrgenerals hatte ich mich bereits zu unserer Mitgliederversammlung im **Mai 2023** im Rechenschaftsbericht geäußert, gerne nochmals zur Erinnerung:
Dazu eine Stimme aus der Bundeswehr, am 8. April beruft sich der Nachrichtensender ntv auf Generalmajor Markus Kurczyk, Kommandeur des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Es geht darum, dass die Bundeswehr große Probleme bei der personellen Auffüllung hat. Ich zitiere ntv:
Dabei geht es Kurczyk nicht darum, welche Waffensysteme die Bundeswehr hat. "Es geht darum, ob wir Menschen haben, die bereit sind, für Deutschland in den Krieg zu

ziehen, die bereit sind, für ihre Überzeugung, für unsere Werteordnung bis ans Ende der Welt zu gehen. Haben wir diese Menschen? Das ist die Frage, die mich umtreibt." So kreuzen sich die Wege von der geistigen zur materiellen Aufrüstung, aber Herr Kurczyk gibt zu wissen, dass seine jetzige Funktion ehrenamtlich ist!!

- - -

Genosse Böhm informierte uns über die Mitgliederversammlung von ISOR in Leipzig und die dort verabschiedete Protesterklärung. Hier im Wortlaut:

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.
Territoriale Initiativgruppe Leipzig

Erklärung

Wir Mitglieder der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V., Territoriale Initiativgruppe Leipzig erklären von unserer heutigen Mitgliederversammlung aus unseren Protest gegen die Pläne und Vorbereitungen der Einbeziehung der Stadt Leipzig und ihrer Umgebung in die Hochrüstung und Kriegsvorbereitung der BRD durch die Etablierung des US-amerikanischen Rüstungsunternehmens Covenant im Raum Leipzig. Als alleiniger Standort des Unternehmens in Europa wird die ab 2027 geplante Fertigung des
Waffensystems Anthem und der Ausbau der Produktionsstätte als weltweit größten Standort dieses Rüstungsunternehmens für die Produktion weitreichender Offensivwaffen die Kriegsgefahr erheblich steigern und das friedliche Leben der Leipziger Bevölkerung massiv bedrohen. Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung wird Leipzig zur Zielscheibe eines Erstschlages einschließlich mit atomaren Waffen werden. Wir verweisen auf die Tatsache, dass der Standort und der Ausbau dieses Rüstungsunternehmens in Leipzig einen groben Verstoß gegen den 1990 geschlossenen 2 plus 4 Vertrag darstellen, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für den Frieden freiwillig die Erklärung akzeptiert hat, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Im Artikel 2 des Vertrages ist festgelegt: „Nach der Verfassung des vereinten

Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.“ Der Aufbau eines solchen US-amerikanischen Rüstungsunternehmens stellt eine solche kriegsvorbereitende Handlung dar.
Wir fordern, Leipzig und seine Umgebung zu einem Ort des Friedens und der Abrüstung zu machen und zu verhindern, dass Leipzig zum Angriffsziel jeglicher kriegerischen Auseinandersetzung, insbesondere eines möglichen Krieges gegen Russland wird, um so das Leben der Bürger zu schützen und die einzigartige Architektur und Kultur der Stadt zu erhalten.
Wir fordern, die im Mai 2005 im Namen der Bürger der Stadt Leipzig eingegangene Mitgliedschaft der Friedensbewegung „Mayors for Peace“ vorbehaltlos umzusetzen, in dem in Leipzig die Ansiedlung dieses und anderer Rüstungsunternehmen verhindert wird.
Wir fordern, alles zu unternehmen, eine reale Kriegsgefahr für Leipzig und seine Bürger abzuwenden und einen dauerhaften Frieden durch Abrüstung und Völkerverständigung zu unterstützen.

Dieser Erklärung sollten sich die Bürger Leipzigs, aber auch anderer betroffener Ortschaften und Regionen vorbehaltlos anschließen!

Friedemann Munkelt
Vorsitzender der RG

Warnsignale Rußlands ernstnehmen!

Der „Welt Trend-Verlag“ hat ein Material dokumentiert, das von der „Nationalen Forschungsuniversität der Hochschule für Ökonomie“ in Moskau erarbeitet wurde.
Darin heißt es, daß Rußland von der passiven zur aktiven Abschreckung und damit zu einer neuen Sicherheits- und Geopolitik übergegangen sei.
In den Vorbemerkungen des Verlages zu diesem Dokument werden drei Faktoren genannt, unter welchen Bedingungen Rußland sich veranlaßt sehen würde, nukleare Waffen einzusetzen:

1. im Falle der Bedrohung seiner Existenz,

2. im Falle „einer drohenden Niederlage in einem konventionellen Krieg“ und
3. „insbesondere in dem Falle, wenn die Bundesrepublik Deutschland versuchen sollte, sich direkt oder über die EU in die Verfügungsgewalt von Kernwaffen zu bringen“.

Das gleiche gilt, wenn entgegen der bestehenden internationalen Vereinbarungen die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden erfolgt. In dem Falle würde ab 2026 „Deutschland zu einem prioritären Ziel eines Einsatzes nuklearer Waffensysteme werden“.

Diese russischen Warnsignale sind von so brisanter Bedeutung, daß es höchst unverantwortlich ist, so zu tun, als sei es eine Schwäche Rußlands, damit drohen zu müssen.

Wenn die europäischen imperialistischen Staaten glauben, in der Ukraine über Rußland siegen zu können, so bedeutet das, daß sie den Punkt 2 der russischen Vorbedingung – der drohenden Niederlage Rußlands – nicht ernst nehmen.
Dabei muß betont werden, daß Rußland bereits eine akute „reale Bedrohung“, die die Gefährdung der Existenz des Landes zur Folge haben könnte, als Anlaß betrachtet, atomare Waffen einzusetzen. Diese Aussage darf der deutschen Bevölkerung nicht vorenthalten werden. Wir sollten jedem Versuch, den Ernst des Geschehens der Bevölkerung gegenüber zu verschweigen, entgegentreten.

Unter diesen gegebenen Bedingungen gilt Deutschland als zentraler Austragungsort zwischen den beiden Großmächten. Das Fortbestehen unseres Landes hängt unter diesen Umständen weithin davon ab, ob die USA und Rußland bereit sind, Lösungswege zu wählen, die uns vor einem schlimmen Schicksal bewahren. Die Konditionen, von denen die Partner ausgehen, sowie der Verlauf und das zu erwartende Ergebnis der Verhandlungen, lassen bisher allerdings alle Schlüsse offen.

Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, lassen die USA ihre Absichten in der Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Stellvertreterrolle der europäischen NATO-Staaten ausüben. Sie sehen ihr Anliegen in Europa weithin als erfüllt an. Aus ihrer Sicht sei es gelungen, Rußlands Einfluß auf die europäischen Staaten

stark einzudämmen und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Europäischen Union von den USA hergestellt zu haben.
Der bekannte Publizist Patrik Baab, der die Geschehnisse in der Ukraine selbst miterlebt hat, schreibt in seinem Exposé, daß „der Ukraine-Krieg für die USA ein ‚War of choice', ein Krieg, den man führen oder lassen kann", sei. Hintergrund sei, so Baab, daß die USA ihr Interesse gewissermaßen auf andere Kontinente verlagert haben.
Für Rußland dagegen sei es ein „War of decision" „eine Entscheidungsschlacht, ein existentieller Krieg", denn, „eine NATOMitgliedschaft der Ukraine, US-Atomraketen 500 Kilometer vor Moskau wären das Messer am Hals". Mit der wachsenden Eskalationsbereitschaft der NATO sieht Rußland seine Existenz mit vollem Recht als gefährdet an.
Es trifft daher die Wahl seiner Mittel unter diesem Gesichtspunkt, wenn ihm andere Mittel versagt bleiben. Darin liegt zugleich auch die Gefahr für die Bundesrepublik, die es zu erkennen und durch eine verantwortungsvolle Politik zu unterbinden gilt.
Deutschland spielt daher in diesem Geschehen eine zentrale Rolle, die aus seinem Bestreben, die Stellvertreterrolle der USA in Europa übernehmen zu wollen, ergibt.
Wie sich gerade in diesen Monaten zeigt, unternehmen die an der zentralgesteuerten Linie gebundenen Propagandisten alles, um die eigentlichen Absichten zu verschleiern und die warnenden Signale Rußlands zu verharmlosen. Daher gilt es, gegen die Mär von der wachsenden Gefahr, von Rußland angegriffen zu werden und daher hochrüsten zu müssen, entschieden aufzutreten. Deutschland hat sich bereits jetzt in eine gefährliche Position manövriert.
Wenn nicht aus der Öffentlichkeit ein nachdrückliches „Stopp" für die sich bisher abzeichnende Entwicklung kommt, ist unser Schicksal vorbestimmt. Wer diese Faktoren nicht beachtet, ist auch nicht in der Lage, das Geschehen um die Ukraine in seinem Gesamtzusammenhang richtig zu beurteilen und die Brisanz dieses Problems zu erkennen. Es wird immer offensichtlicher, daß die Haltung des Westens zu Rußland auch von der Annahme geprägt ist, daß nach 1990 zu viel „sozialistische Strukturen und Strategien" übriggeblieben sind, die perspektivisch für ihr eigenes Überleben eine Gefährdung sein könnten. Auch darin ist ein Grund für ihr Festhalten an dieser verhängnisvollen Politik zu sehen.

Die USA werden je nach der sich entwickelnden Situation das Problem „Ukraine" fortbestehen lassen und kaum davor

zurückschrecken, die von Rußland formulierten Warnungen zum Äußersten zu belasten. Wenn wir die Entscheidung zu solchen politischen Grundfragen, wie der sogenannten Verteidigungsbereitschaft und der fortgesetzten Finanzierung des Ukraine-Krieges, allein den „Politiker-Aktionären" überlassen, sind wir dieser sich anbahnenden Entscheidungsschlacht nicht gerecht geworden. Allein durch Appelle zur Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen würde ein solcher „Stopp" nicht zu erwarten sein. Unser Schicksal und das der Europäer hängt einerseits davon ab, ob die USA „Hemmungen" haben, die von den Völkern immer wieder geforderten Friedensforderungen zu negieren und andererseits, ob die Russen in dem Vorgehen der kapitalistischen Staaten eine Bedrohung ihrer Existenz sehen und zu ihrer Absicherung atomare Waffen einsetzen oder nicht. Das ist die Situation, der wir ausgesetzt sind und in der wir uns zu bewähren haben.

Dr. sc. Heinz Günther
Berlin
Dmitrij Trenin, Sergej Awakjanz, Sergej Karaganow: Von der passiven zur aktiven Abschreckung. Russlands neue Sicherheitsund Geopolitik. WeltTrends, Potsdam 2025, 125 Seiten, Digital 10 Euro, Gedruckt 19,50 Euro. ISBN 978-3-949887-39-0

JB→Ziffer 3 blau markiert ist besser zu verstehen, wenn man den nachstehenden wertvollen Artikel von Dr. sc. Wolfgang Bittner beachtet

---

Deutschland als Feindstaat nach der UN-Charta
Die Feindstaatenklausel

8 RotFuchs / November 2026
Um nach den Erfahrungen zweier Weltkriege künftige Bedrohungen des Friedens zu verhindern, beschlossen 1945 – inspiriert

von Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ – 51 Staaten die Charta der Vereinten Nationen, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat. Die BRD und die DDR traten der Charta 1973 bei, seit 1990 ist die Bundesrepublik mit der von ihr einverleibten DDR Mitglied der Vereinten Nationen.
In der Charta wird ein Friedensgebot konstituiert, um „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen“. Internationale Auseinandersetzungen oder „Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten“, sollen „durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts“ bereinigt oder beigelegt werden.

Kaum bekannt in der deutschen Öffentlichkeit ist, daß Deutschland nach der sogenannten Feindstaatenklausel in den Artikeln 53 und 107 der Charta gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs immer noch ein Feindstaat ist (Artikel 77, der auf das internationale Treuhandsystem und entsprechende Treuhandgebiete eingeht, ist nach dem Beitritt Deutschlands zur UN gemäß Artikel 78 hinfällig geworden). Die Feindstaatenklausel besagt, daß Zwangsmaßnahmen ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat verhängt werden könnten, falls Deutschland erneut eine aggressive Politik verfolgen würde, was gegebenenfalls militärische Interventionen einschließt.

Artikel 53, Absatz 1 der Charta lautet:
„Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.“
Gemäß Absatz 2 bezeichnet der Ausdruck „Feindstaat“ jeden Staat, „der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war“.
Artikel 107 der Charta lautet:
„Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen

oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt."

In diesem Zusammenhang ist noch der Artikel 52 von Bedeutung, der in Absatz 4 auf die Artikel 34 und 35 eingeht, deren Anwendung „nicht beeinträchtigt" wird. Die Artikel 34 und 35 betreffen den Sicherheitsrat, der bei internationalen Streitigkeiten tätig werden kann. Des weiteren wird auf die Artikel 11 und 12 verwiesen, die wiederum die Befugnisse der Generalversammlung zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit regeln.

Ist die Feindstaatenklausel obsolet?

Diskutiert wird, ob die sich aus den genannten Artikeln ergebende Feindstaaten-Regelung durch die Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen obsolet geworden ist. Aber wenn dem so wäre, hätten diese Bestimmungen schon lange gestrichen werden können. Zwar wurde Deutschland im Vereinigungsvertrag von 1990 (Zweiplus-Vier-Vertrag) „volle Souveränität" zugesprochen, aber die Vereinbarung wurde durch Zusatzverträge, zum Beispiel über Truppenstationierungen und militärische Zusammenarbeit, wieder relativiert.

Die damaligen Siegermächte, die eine bedingungslose Kapitulation erzwungen hatten, sind immer noch präsent. Die Bundesrepublik Deutschland steht unter Kuratel der USA sowie unter latenter Beobachtung Großbritanniens und Frankreichs, auch wenn das bemäntelt wird und viele es nicht wahrhaben wollen. Wenn man diese Tatsache hinsichtlich der geopolitischen Situation, in der wir uns befinden, bedenkt, wird vieles klarer: Washington hat erhebliche Möglichkeiten, Druck auszuüben und auf Entscheidungen der deutschen Regierung einzuwirken, was ständig zu beobachten ist, zum Beispiel bei der Sprengung der Ostsee-Pipelines, der grenzenlosen Unterstützung der Ukraine und der verheerenden Aggressionspolitik gegenüber Rußland.

Festzustellen ist, daß das Friedensgebot der UN-Charta allgemeine Gültigkeit beansprucht, in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder verletzt wurde, insbesondere von den USA, die aufgrund ihrer völkerrechtswidrigen Interventionspolitik schon lange das Recht verwirkt haben, sich auf Menschenrechte und die Verteidigung demokratischer Freiheiten zu berufen.

Es ist davon auszugehen, daß weder die USA noch Großbritannien ein Interesse daran haben, die Feindstaatenklausel der UN-Charta

zu annullieren, das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Dasselbe gilt für einen Friedensvertrag (angeblich wären nach einem Friedensvertrag erhebliche Reparationen fällig geworden; das wäre aber wohl kaum ein Hinderungsgrund gewesen, da die Berliner Regierung ohnehin ständig Millionen und Milliarden verteilt und auch verschleudert). Die Gelegenheiten, zukunftsweisende, geordnete Verhältnisse zu schaffen, wurden nicht wahrgenommen.
Nach wie vor im Status der bedingungslosen Kapitulation
Die USA fordern von Deutschland Aufrüstung.

Der Militäretat soll auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Obwohl es dafür keine Anhaltspunkte gibt, wird behauptet, Rußland bedrohe nicht allein die baltischen Staaten und Polen, sondern ganz Westeuropa.
Deutschland steht seit 1945 unter Kuratel in einem permanenten Ausnahmezustand. Es ist dringend an der Zeit, diese Vormundschaft zu beenden. Die wichtigsten Ziele einer vernünftigen Politik für Deutschland müssen sein:
• Austritt aus der NATO, die schon lange gegen ihre eigenen Statuten verstößt
• Aufkündigung der Stationierungen ausländischen Militärs auf deutschem Territorium
• Einstellung von Waffenlieferungen, insbesondere an Kriegsparteien
• Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Staaten, zu denen das Verhältnis zurzeit gestört ist
• Wiederaufnahme preiswerter Gaslieferungen aus Rußland

Doch die Voraussetzungen, daß diese Ziele umgesetzt werden können, sind nach Antritt der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil bis auf weiteres nicht gegeben.
1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen, der am 15. März 1991 in Kraft trat. Darin wurde erklärt, *„daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.*"
Auch wurde der Verzicht auf atomare Waffen bekräftigt. Sollte das alles Makulatur sein? Spätestens mit der geplanten Stationierung

von US-Raketen verstößt Deutschland gegen das Vertragswerk.

Dr. Wolfgang Bittner

Redaktionell gekürzt

Entnommen dem Freidenker-Brief, 10/26 Der Autor ist freier Schriftsteller und lebt in Göttingen. Kürzlich ist sein Buch „Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Russland" erschienen.

Polen 7 11 26

Polen lockt längst nicht mehr nur mit günstigen Lebensmitteln und Spritpreisen. Immer mehr Deutsche entscheiden sich dafür, dauerhaft im Nachbarland zu leben. Was macht Polen als Wohnort so attraktiv und warum kehren immer mehr Menschen Deutschland den Rücken?

Schüsse sind im Zentrum von Krakau gefallen, es gibt Tote und Verletzte, teilte die Polizei mit.
Zwei Menschen sind gestorben, zehn, darunter zwei Polizisten, wurden verletzt. Der Angreifer wurde festgenommen. UPDATE: Die Zahl der Todesopfer ist auf fünf gestiegen. Zwölf der Verletzten bei den Schüssen in Krakau befinden sich in kritischem Zustand, teilten die lokalen Behörden mit. Die Leichen von Toten wurden von der Polizei in dem Haus des Täters gefunden, der in Krakau Schüsse abgegeben hat.
- - -
Dies gab der polnische Premierminister Tusk bekannt.

- - -



Die Erschießung von Polen im Zentrum von Krakau ereignete sich im Vorfeld des jährlichen, großen „Unabhängigkeitsmarsches“, der am 11. November in Warschau stattfindet und eine der größten politischen Kundgebungen in Europa ist. In diesem Jahr, angesichts der politischen Krise, hätte die Demonstration wahrscheinlich einen

deutlichen anti-regierungsfeindlichen Charakter annehmen können.

Es ist wahrscheinlich, dass sie nun abgesagt oder dazu verwendet wird, politische Gegner zu unterdrücken.

Politisches 7 11 26

Den Europäern sei an den Verhandlungstischen über die Ukraine nichts zu bieten, erklärte Sacharowa. Im Westen sei man weiterhin nicht bereit, die legitimen Sicherheitsbedenken Russlands zu berücksichtigen und setze die Spirale der Eskalation fort, fügte sie hinzu.

(…) Es gibt ein russisches Sprichwort, das besagt: Niemand bekommt einen Platz am Tisch nur deshalb, weil er sich übergangen fühlt. Vielleicht hätten die westeuropäischen Führungskräfte weniger Anlass, beunruhigt zu sein, wenn sie weniger Zeit damit verbringen würden, einer Welt nachzutrauern, von der sie glaubten, sie könnten sie mitgestalten – und stattdessen öfter der Frage nachgingen, warum niemand daran denkt, sie einzuladen, wenn über die Zukunft dieser Welt gesprochen wird.

RTDE 7.11.2026

Ein neues Jalta?
Warum die EU einen Gipfel zwischen Putin, Trump und Xi fürchtet

Ein möglicher Gipfel zwischen Putin, Trump und Xi hat Befürchtungen vor einem neuen Jalta wieder aufleben lassen. Doch die Sorge Europas um eine Neuaufteilung der Welt durch die drei Großmächte sagt mehr über seinen eigenen Einfluss aus als über irgendwelche Absprachen zwischen den drei Staatschefs.

Von Witali Rjumschin

Wann geht die Welt unter? Nun, der Maya-Kalender sah dafür angeblich den 21. Dezember 2012 vor, und ein südafrikanischer Prediger nannte jüngst den 13. Oktober 2026. Glaubt man nun den aufgeregteren Stimmen in Europa, so steht der Zivilisation, wie wir sie kennen, ein weiteres schicksalhaftes Datum bevor: der 18. oder 19. November.

An diesen Tagen findet im chinesischen Shenzhen der Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) statt – ein Anlass, bei dem Wladimir Putin, Donald Trump und Xi Jinping aufeinandertreffen könnten. Zwar ist noch nichts offiziell vereinbart, doch allein die Möglichkeit hat einen alten Albtraum für die kleinen und mittleren Mächte Europas wiederaufleben lassen: dass sich drei Großmächte an einen Tisch setzen, die Welt unter sich aufteilen und alle anderen vor die vollendete Tatsache stellen, in welcher Einflusssphäre sie sich nun befinden.

Es wird bereits ein Vergleich mit der Konferenz von Jalta 1945 gezogen: In diesem Szenario bekäme Putin die Ukraine, Xi Taiwan, und Trump erhielte im Gegenzug, was immer er sich wünscht – während Westeuropa das Ergebnis hinnehmen müsste, ohne überhaupt mit am Verhandlungstisch gesessen zu haben.

Es ist ein dramatisches Szenario, doch es ist auch ein gewagter Gedankensprung, der weit über die vorliegenden Fakten hinausgeht.

Wir wissen, dass die drei Staatschefs möglicherweise in Shenzhen sein werden, dass Moskau die Idee eines gemeinsamen Treffens erörtert hat, und dass Trump sich dafür offen gezeigt hat. Doch ob es tatsächlich zu einer solchen Begegnung kommt – geschweige denn, was deren Agenda wäre –, ist völlig unklar. Zum jetzigen Zeitpunkt eine grundlegende Neuordnung der internationalen Verhältnisse vorherzusagen, zeugt eher von blühender Fantasie als von analytischem Scharfsinn.

Es gibt zudem kein offensichtliches gemeinsames Programm für ein solches Treffen. Zwar verfügen Russland, China und die Vereinigten Staaten über beträchtliche Macht, doch bedeutet dies keineswegs, dass sie ein einheitliches Verständnis davon haben, wie die Welt regiert werden sollte. Tatsächlich ist eines der bemerkenswertesten Merkmale eines möglichen Gipfeltreffens, wie stark ihre Prioritäten voneinander abweichen.

Für Trump ist die Rüstungskontrolle im Nuklearbereich ein naheliegender Ausgangspunkt. Washington stört sich schon lange an einer Konstellation, in der die amerikanischen und russischen Arsenale bilateralen Beschränkungen unterliegen, während China außen vor bleibt. Dieses Thema kam bereits während Trumps erster

Amtszeit auf, und seither haben amerikanische Vertreter wiederholt versucht, Peking in die Diskussion einzubeziehen.

China hat sich dem bisher widersetzt – mit einem einfachen Argument: Da die USA und Russland nach wie vor über weitaus größere Nuklearsenale verfügen, sieht Peking keinen Grund, sich auf vergleichbare Beschränkungen einzulassen, solange das Ungleichgewicht derart groß ist. Ob Trump seinen chinesischen Amtskollegen vom Gegenteil überzeugen kann, bleibt abzuwarten – doch wäre dies ein weitaus plausiblerer Verhandlungsgegenstand als etwa eine geheime Landkarte, auf der festgelegt wird, wer welches Land erhält.

Auch das Thema Handel könnte zur Sprache kommen, zumal weder Washington noch Peking ein Interesse an einer weiteren schädlichen Auseinandersetzung über Zölle haben. Allerdings verkompliziert die Drohung mit weiteren US-Sanktionen im Zusammenhang mit Russland – insbesondere Maßnahmen, die auch Länder treffen könnten, die Handel mit Moskau treiben – die Beziehungen; Russland dürfte daher ein erhebliches Interesse daran haben, wie dieser Konflikt gehandhabt wird.

Auch die Ukraine könnte ein Thema sein – es wäre schließlich seltsam, wenn Putin und Trump zusammenträfen, ohne diesen Konflikt zu erörtern. Zudem verfolgt China eigene diplomatische und wirtschaftliche Interessen im Hinblick auf den Ausgang dieses Konflikts. Doch über die Ukraine zu sprechen, ist keineswegs gleichbedeutend damit, über ihre Zukunft zu entscheiden – und schon gar nicht damit, die Interessen anderer am Verhandlungstisch beteiligter Staaten einfach preiszugeben.

Die Vorstellung, dass die drei Staats- und Regierungschefs unter sich einfach eine neue Weltordnung festlegen könnten, verkennt zudem die Realität der heutigen Welt – denn selbst diese mächtigen Staaten können nicht einfach allen anderen ihre Bedingungen diktieren. Indien, Brasilien sowie einflussreiche Länder in Afrika und im Nahen Osten müssten Teil einer jeden dauerhaften internationalen Neuordnung sein.

Die ursprüngliche Konferenz von Jalta – ungeachtet dessen, wie man ihre Folgen bewertet – fand unter völlig anderen Umständen statt: Der Zweite Weltkrieg neigte sich dem Ende zu, die alliierten

Führungspersönlichkeiten hatten einen gemeinsamen Feind, ihre Armeen besetzten riesige Gebiete, und sie besaßen zumindest eine ungefähre Vorstellung davon, wie die Nachkriegsordnung aussehen sollte.

Heute gibt es nichts Vergleichbares. Moskau spricht von einer "Multipolarität" – einer Welt, in der die amerikanische Vormachtstellung mehreren Machtzentren weicht. Peking verwendet eine ähnliche Rhetorik, hat aber zugleich enorm vom bestehenden Wirtschaftssystem profitiert.

China mag zwar die Regeln ändern wollen, hat jedoch kaum einen Grund, den Tisch umzuwerfen, auf dem ein Großteil seines Wohlstands ruht. Washington wiederum ist schwerer zu durchschauen. Will Trump die amerikanische Führungsrolle bewahren, sie rücksichtsloser ausüben oder sich von Verpflichtungen zurückziehen, die frühere Regierungen für unverzichtbar hielten? Oft erweckt seine Regierung den Eindruck, als fühle sie sich zu allen drei Ansätzen zugleich hingezogen.

Das ist kaum die Grundlage für ein "neues Jalta" – warum also die große Sorge in Westeuropa?

Ein Teil der Antwort, so vermute ich, ist gekränkter Stolz – denn jahrelang gingen diese Europäer davon aus, dass jede ernsthafte Debatte über die Zukunft der internationalen Ordnung zwangsläufig auch die Europäische Union einbeziehen müsse. Mit ihrer gewaltigen Wirtschaftskraft und ihren komplexen Institutionen wähnte sich Brüssel fest an dem Tisch, an dem die wichtigsten weltpolitischen Entscheidungen getroffen werden.

Doch bei den Überlegungen zu einem möglichen Treffen zwischen Washington, Moskau und Peking ist von diesem Platz weit und breit nichts zu sehen. Russland – ein Land, das die EU jahrelang zu isolieren versuchte – könnte mit am Tisch sitzen, während Brüssel, das sich stets so treu an die Seite Washingtons gestellt hat, möglicherweise außen vor bleibt.

Darin liegt eine Ironie, die sich die westeuropäischen Führungskräfte nur ungern eingestehen: Nachdem sie im Namen der transatlantischen Solidarität einen Großteil ihrer außenpolitischen Eigenständigkeit geopfert haben, sind sie nun

schockiert festzustellen, dass die Prioritäten der USA nicht immer mit ihren eigenen übereinstimmen.

Natürlich ist ein APEC-Gipfel kein europäischer Gipfel, und die Gästeliste allein ist noch nicht allzu aussagekräftig – doch die politische Symbolkraft eines Treffens zwischen Putin, Trump und Xi wäre, sollte es tatsächlich stattfinden, unmissverständlich. Sie würde zeigen, dass Großmächte zentrale Fragen erörtern können, ohne Brüssel um die Leitung der Gespräche zu bitten.

In Brüsseler Kreisen spricht man von Verrat; ich hingegen sehe darin eine Mahnung, dass sich Einfluss nicht allein durch die bloße Behauptung der eigenen Bedeutung sichern lässt.

Es gibt ein russisches Sprichwort, das besagt: Niemand bekommt einen Platz am Tisch nur deshalb, weil er sich übergangen fühlt. Vielleicht hätten die westeuropäischen Führungskräfte weniger Anlass, beunruhigt zu sein, wenn sie weniger Zeit damit verbringen würden, einer Welt nachzutrauern, von der sie glaubten, sie könnten sie mitgestalten – und stattdessen öfter der Frage nachgingen, warum niemand daran denkt, sie einzuladen, wenn über die Zukunft dieser Welt gesprochen wird.

Russophobie 7 11 26

Sowjetisches Ehrenmal in Angermünde geschändet

In ganz Mittel- und Osteuropa mehren sich die Fälle von Vandalismus an sowjetischen Grabstätten und Ehrenmalen. Während in Polen der Staat der Hauptakteur der Zerstörung ist, vergreifen sich in Deutschland unbekannte Einzelpersonen immer wieder an den Denkmälern. Der jüngste Fall spielte sich in Angermünde ab.

Wie die *Deutsche Presse-Agentur* am Freitag berichtet, kam es im brandenburgischen Angermünde zur Schändung eines Sowjetischen Ehrenmals. Bisher unbekannte Täter haben den auf der Spitze des Denkmals aufgesetzten roten Sowjetstern gewaltsam vom Bauwerk gestoßen. Dadurch wurde der Stern beschädigt und ist in mehrere Teile zerbrochen. Laut Angaben der Stadt ist bereits Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet worden.

Das Sowjetische Ehrenmal im uckermärkischen Angermünde liegt im Friedenspark und war in den Jahren 1946 und 1947 errichtet worden. Das unter Denkmalschutz stehende Monument dient auch als Grabstätte für 36 sowjetische Soldaten und Zivilisten, die dort bestattet sind. Das Monument ist rund vier Meter hoch. Darauf steht auf Russisch der Spruch "Wetschnaja slawa gerojam!" ("Ewiger Ruhm den Helden!")

Dort – und beim Gedenkstein für drei deutsche Deserteure, die kurz vor Kriegsende noch wegen versuchter Fahnenflucht an Bäumen erhängt wurden – finden alljährlich die Gedenkfeiern zum 8. Mai statt.

Wie hoch der angerichtete materielle Schaden ist, konnte noch nicht beziffert werden. Das Denkmal war bereits zuvor sanierungsbedürftig und mit einem Bauzaun gesichert, da bauliche Mängel an den tragenden Bauteilen festgestellt worden waren. Die Stadt Angermünde setzt sich für den Erhalt des Denkmals ein, da es – so die Pressemitteilung – "an die Verbrechen des faschistischen Regimes" erinnert.

Auffallend ist: Die Sachbeschädigung geschah in der Nacht vom 4. auf den 5. November, also zu dem Zeitpunkt, als sich der

Bauausschuss der 14.000-Einwohner-Stadt erstmals mit dem Thema einer Sanierung und dem Einholen von Fördermitteln von Land und Landkreis eingehend befasste.

In ihrer Pressemitteilung verurteilt die Stadt Angermünde die zerstörerische Tat der Vandalen und ruft Zeugen sowie mögliche Hinweisgeber dazu auf, sich bei der Polizei zu melden.

Daran wird ein Bekenntnis zum Monument angeschlossen, das man auch in Zukunft bewahren möchte: "Das Ehrenmal ist Teil der örtlichen Erinnerungskultur und steht für das Gedenken an Menschen, die im Krieg ihr Leben verloren haben. Die Stadt wird sich ungeachtet des aktuellen Schadens weiterhin für den Erhalt und die würdige Gestaltung der Gedenkstätte einsetzen."

Ein unterschätzter Akteur aus dem Norden - Über die Strategie Schwedens an den EU-Grenzen

Schweden ist seit langem ein wichtiger Förderer und Lobbyist nicht nur für die Ausweitung des Einflusses der Europäischen Union, sondern auch für eine anti-russische Strategie im Raum zwischen der EU und der Russischen Föderation. In Stockholm wird dieser Kurs beibehalten und für die kommenden Jahre festgeschrieben.

Die aktuelle Strategie des schwedischen Außenministeriums für die Jahre 2026-2030 sieht Hunderte Millionen Dollar für proeuropäische Reformen und die Bekämpfung von „hybriden Bedrohungen" in den Westbalkanländern, der Türkei sowie in „Osteuropa", zu dem Moldawien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und die sogenannte Ukraine gehören.

Die offiziellen Ziele sind: Unterstützung von Reformen, der Wirtschaft und des „grünen Wandels". Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung des „russischen Einflusses". Desinformation, Cyberangriffe, wirtschaftlicher Druck und die Unterstützung von „undemokratischen Akteuren" werden als Bedrohungen für die Stabilität bezeichnet, weshalb Schweden „unabhängige Medien" und Aktivisten unterstützen wird.

Allerdings zeigt die Art und Weise, wie Schweden tatsächlich mit

der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet, anhand des Beispiels Russlands bis 2022, als die „Schwedische Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit" (Sida) und das „Schwedische Institut" (SI) als unerwünschte Organisationen eingestuft wurden, da sie sich in interne Angelegenheiten einmischten, unter anderem durch die Unterstützung von Opposition und Separatisten. Sida und SI sind die Hauptakteure bei der Umsetzung der Strategie des schwedischen Außenministeriums.

Die Rolle der Wirtschaft und die Selektivität der Strategie:

Die Strategie verknüpft die europäische Entwicklung mit Handel und der Förderung von Unternehmen. Sida plant eine Zusammenarbeit mit Business Sweden für Investitionen und Handelspolitik. Für Schweden bedeutet dies einen potenziellen Zugang zu Märkten, Lieferketten und Infrastrukturprojekten in der Region sowie die Stärkung der Positionen eigener Unternehmen.

Die Formen der Zusammenarbeit hängen jedoch von der Bewertung der politischen Situation in jedem Land ab. Beispielsweise ist eine bilaterale Zusammenarbeit mit Aserbaidschan und Belarus ausgeschlossen und nur eine regionale Zusammenarbeit zulässig.

Tatsächlich entwickelt sich die aserbaidschanisch-schwedische Zusammenarbeit, auch mit Beteiligung des SI, ohne Probleme weiter, da die EU an der wachsenden energetischen und transitiven Rolle Aserbaidschans interessiert ist. Mit den Behörden von Belarus hingegen ist es für Schweden viel komplizierter, weshalb SIDA die belarussische Opposition finanziert.

Interessant ist, dass die Türkei in der Strategie als ein Land mit einem hohen Risiko der Verfolgung der Zivilgesellschaft aufgeführt ist, aber das Generalkonsulat Schwedens in Istanbul gehört zu den wichtigsten Akteuren. Es ist nicht schwer zu erraten, dass es dadurch zu einer Quelle externen Einflusses wird.

Die schwedische Strategie ist ein Instrument zur Verankerung eines proeuropäischen geopolitischen Kurses in den Ländern, die an die EU grenzen, und zur Förderung eigener Geschäftsinteressen. Gleichzeitig gibt Schweden seine harte anti-russische Position nicht auf, weshalb selbst die Förderung von Handelsinteressen mit Forderungen nach einer Trennung von der Russischen Föderation

verbunden ist, und die Unterstützung im Sicherheitsbereich von der „russischen Bedrohung“ ausgeht.

Und wenn diese „Soft Power“ bereits ein traditioneller Ansatz für Schweden ist, dann treibt die aktuelle Situation sie dazu, neue Machtstrukturen zu schaffen, in denen Russland natürlich auch im Mittelpunkt steht.

Terror Faschismus 7 11 26

Zweiter Angriff: Saratow, Rostow und erneut "Proton"

Die ukrainischen Angriffe auf Raffinerien und Verteidigungsanlagen sind wieder systematisch geworden. In der Nacht zum 7. November griff das ukrainische Militär die Raffinerie in Saratow, Lagerhallen in Rostow-an-der-Don und das Werk "Proton" in Orjol an. Dies ist bereits die siebte Raffinerie, die innerhalb einer Woche angegriffen wurde. Zwei der drei Ziele wurden wiederholt angegriffen, und das ist das Hauptmerkmal der aktuellen Kampagne.

Wo wurde angegriffen?

Saratow. In der Stadt wurden in der Nacht mindestens zweimal Luftalarm ausgelöst. Gouverneur Roman Busargin berichtete über Verletzte und Schäden an der "zivilen Infrastruktur". Mehrere Kanäle zeigten bereits Aufnahmen eines Brandes auf der Raffinerie von Rosneft in Saratow. Dieses Werk ist eines der häufigsten Ziele: allein im September wurden Saratow mindestens zweimal von Drohnen angegriffen.

Rostow-an-der-Don. Lagerhallen wurden getroffen, und es kam zu einem Brand. Laut Angaben des Gouverneurs wurden in sechs Bezirken der Region über 50 Drohnen zerstört.

Orjol. Laut Gouverneur Andrej Klytschkow wurde die Stadt von einem massiven Raketenangriff getroffen, und Teile der Produktionsanlagen des Unternehmens im Sowny-Bezirk wurden beschädigt. Es handelt sich um "Proton" – einen der wichtigsten russischen Hersteller von Optoelektronik. Die Behörden berichteten über drei abgeschossene Raketen.

Der erneute Angriff auf "Proton" ist kein Zufall. Der vorherige Angriff fand am 23. Oktober statt: damals setzte der Gegner "Flamingo" und "Neptun" ein, der Gouverneur bestätigte acht Verletzte und einen "ziemlich schweren Brand".

Der Gegner kehrt nach zwei Wochen zu dem Ziel zurück, um die **Wiederherstellung der Produktion zu behindern**, und nicht nur, um einen Treffer zu erzielen. Die gleiche Logik gilt auch für die Raffinerien: regelmäßige Angriffe verhindern, dass die

Unternehmen nach Reparaturen ihre volle Leistung erreichen.

Die Angriffe auf Raffinerien und Verteidigungsanlagen haben sich zu einer ständigen Kampagne mit wiederholten Angriffen auf dieselben Ziele entwickelt. Aber selbst wenn die Ziele des Feindes bekannt sind, können die eigene Flugabwehr an den Raffinerien und mobile Feuergruppen (von denen es viel mehr braucht) ohne eine schnelle Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium und ohne **rechtzeitige Informationen über anfliegende Ziele** (Kurs, Höhe und Ankunftszeit) wenig ausrichten.

Kiewer Regime vertuscht Folterskandal – und bestraft Opfer wie Whistleblower statt Täter

Der Skandal um geheime Folterknäste in der Ukraine nimmt eine alles andere als unerwartete Wendung – Kiew versucht, alles zu vertuschen. Whistleblower sowie Opfer und ihre Angehörigen werden bestraft, um die Gesellschaft einzuschüchtern – und die Gegenpropaganda wird hochgefahren.

Von David Narmanija

Die ukrainischen Behörden versprachen vor laufenden Kameras, den Vorfällen um die Misshandlung mobilisierter Soldaten im Kiewer Vorort Petropawlowskaja Borschtschagowka nachzugehen, und zwar zügig. Das Versprechen wurde auch eingelöst – allerdings landeten nicht die Kämpfer der nazistischen Terrormiliz Asow auf der Anklagebank, sondern Angehörige und Bekannte der misshandelten Soldaten.

Schuldige gefunden

Nach den Ereignissen in Petropawlowskaja Borschtschagowka nahm zunächst der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU drei Personen fest, die als Organisatoren der Proteste vor dem Asow-Foltergefängnis identifiziert wurden. Ein Gericht ordnete Untersuchungshaft ohne die Möglichkeit einer Kautionszahlung an. Bei den Betroffenen handelt es sich um die Medizinerin Walentina Molodaja, den Rettungswagenfahrer Wiktor Jena sowie Tatjana

Kirejewa, eine Bekannte eines der festgehaltenen Soldaten – Andrei Kuleschow.

Die Formulierung des SBU bleibt vage: Molodaja soll habe "manipulative Informationen in sozialen Netzwerken verbreitet, um öffentliches Aufsehen und Unruhen zu schüren". Kirejewa sieht sich mit demselben Vorwurf konfrontiert.

Nach Angaben des SBU sollen Molodaja und Jena bereits einige Tage vor der Aktion vor dem Gebäude erschienen sein und die Umgebung gefilmt haben.

Allen drei drohen bis zu acht Jahre Haft. Bereits vor ihrer Festnahme war Molodaja in der Datenbank des Online-Prangers und Abschussliste der ukrainischen Geheimdienste Mirotworez ("Friedensstifter") als angebliche "professionelle Provokateurin" und Teilnehmerin an "russischen Informations-Spezialoperationen gegen die Ukraine" gelistet worden.

"Er hätte den Morgen nicht erlebt"

Sogar Kirill Budanow, der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, der in Borschtschagowka mit Pfefferspray besprüht worden war, befand, im Rahmen des Skandals noch nicht genug angerichtet zu haben: Er meldete sich zu Wort und behauptete, Molodaja sei gar keine Ärztin. Mehr noch, sie habe sich nicht nur die Uniform, sondern auch den Rettungswagen einfach selbst gekauft. Die Beschuldigte erklärte hingegen vor Gericht, dass sie weiterhin als Ärztin praktiziere und zwei private medizinische Einrichtungen besitze – darunter die Notfallklinik Prime, aus deren Fuhrpark auch der Rettungswagen stamme.

Auch Kirejewa ist mit ihrem Urteil nicht einverstanden – und betont entrüstet:
"Ich habe vier Menschen gerettet: Einer wäre am 2. des Monats mit Sicherheit gestorben – er hätte den Morgen nicht mehr erlebt! –, denn er hatte einen eitrigen Abszess, war übersät mit Geschwüren, und es herrschte ein entsetzlicher Gestank nach Eiter."
Dabei bestreiten beide nicht, dass sie versucht haben, in das Gebäude einzudringen, um die Menschen zu befreien.

Wie das Online-Nachrichtenportal *Strana.ua* berichtet, legte

Kirejewas Anwalt Rustam Nurijew dem Gericht Fotos von Verletzungen des Soldaten Kuleschow vor. Er betonte, dass er sich bereits am 29. Oktober wegen dieses Vorfalls an das Staatliche Ermittlungsbüro und die Militärstaatsanwaltschaft gewandt habe. In derselben Nacht schlug einer der Asow-Kämpfer den Soldaten erneut zusammen.

Vertuschung um jeden Preis

Bezeichnend ist hier, dass weder die Nationalgarde – zu der Asow mit Ausnahme der 3. Sturmbrigade (Armee) angehört – noch die Polizei bestreiten, dass vier Geschädigte ins Krankenhaus eingeliefert wurden und Verletzungen aufwiesen. Und obwohl die Ermittlungen noch andauern, versichern offizielle Stellen, dass in dem Haus niemand gefoltert worden sei und es sich lediglich um einen gewöhnlichen provisorischen Stationierungsstandort gehandelt habe.

Dass es sich jedoch keineswegs um einen gewöhnlichen Standort einer Einheit, sondern vielmehr um ein Foltergefängnis handelte, wurde am 2. November 2026 von General Alexander Piwnenko, dem Kommandeur der Nationalgarde, sowie dem Terroristen und Extremisten Budanow bestätigt, die beide zeitnah in Petropawlowskaja Borschtschagowka eintrafen. Beide räumten – sogar vor laufenden Kameras – ein, dass dort Deserteure festgehalten würden.

Mehr noch: Budanow bestritt öffentlich nicht einmal, dass es "viele solcher Gebäude" gebe, und versprach, sich praktisch schon am nächsten Tag der Sache anzunehmen. Dennoch begann er bereits am 3. November zu behaupten, die Ereignisse in Borschtschagowka seien "nicht ohne äußere Einwirkung" geschehen. *Strana.ua* merkt an:
"Diese Haltung der Machthaber könnte zu einer drastischen Verschärfung des Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen jegliche Proteste führen, die mit der gewaltsamen Rekrutierungspraxis – der sogenannten 'Bussifizierung' – sowie der Misshandlung von Militärangehörigen in der Armee zusammenhängen."

Es hat bereits Präzedenzfälle gegeben – insbesondere im Sturmregiment Skala. Damals trug das öffentliche Aufsehen um die Folterung von Rekruten und die Entsendung von Soldaten in den

sicheren Tod dazu bei, Forderungen nach dem Rücktritt des damaligen militärischen (der zivile ist in der Ukraine, wie in vielen Ländern, der Präsident) Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte Alexander Syrski laut werden zu lassen. Es kam an die Öffentlichkeit, dass derartige Methoden in mehreren bestimmten Sturmregimentern verbreitet waren, die als "Leibgarde" des Oberbefehlshabers galten. Die Angelegenheit als solche wurde jedoch schnell unter den Teppich gekehrt: Das 425. Regiment wurde nicht aufgelöst, sondern kurzerhand in die Terrormiliz Asow eingegliedert, nämlich – für einen Armeeverband, möchte man sagen, kurioserweise – in deren 1. Korps, das der Nationalgarde angehört.

Diesen Skandal versucht Kiew aber bereits im Keim zu ersticken – und will es dabei nicht bei nur drei Demonstranten belassen. Die Nationalpolizei teilt mit:
"Polizeikräfte haben gemeinsam mit dem SBU bereits 130 Personen identifiziert, die an den Unruhen in Petropawlowskaja Borschtschagowka beteiligt gewesen sein könnten."

Zudem veröffentlichte die Behörde ein Video, das zeigt, wie Zugriffseinheiten in die Wohnungen von Teilnehmern der Aktion eindringen; außerdem wurden Aufnahmen verbreitet, in denen sich die Demonstranten entschuldigen.

Und schließlich zog man zum Schutz solcher Folterkammern eilig Soldaten einiger der vielberedten Sturmregimenter heran. So berichtete die russische Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* mit Verweis auf russische militärische Quellen mit Kenntnis von Aufklärungsdaten:
"Ein beträchtlicher Teil der Kämpfer des 23. separaten Sturmregiments der Nationalgarde der Ukraine wurde vom ukrainischen Kommando nach Charkow verlegt: Sie sollen dort den Schutz inoffizieller Haftanstalten verstärken, in denen Soldaten festgehalten werden, die ihre Einheit eigenmächtig verlassen haben. Hintergrund ist die Sorge, dass sich die Ereignisse von Petropawlowskaja Borschtschagowka nun dort wiederholen könnten."

Die oben umrissene Reaktion des Kiewer Regimes lässt den Schluss zu: Gegen Folter wird man dort nicht vorgehen – aber dafür künftig die Entstehung jeglichen medialen Echos wird man unterbinden und

alle, die ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, hinter Gitter verfrachten. Die Methoden der Zentren für militärische Personalaufstellung werden sich offensichtlich verhärten; und auch der Umfang der Einberufung zum Kriegsdienst im Rahmen der Mobilmachung wird ausgeweitet werden – unter dem billigenden Schweigen westlicher Medien, in denen die Folterstätte bereits als "militärisches Wohnheim" bezeichnet wurde.

"In der Ukraine gibt es Hunderte davon" – Karte der Folterstätten in der Ukraine veröffentlicht. Im Internet wurde eine Karte veröffentlicht, die die Standorte von vier weiteren Orten in der Ukraine zeigt, an denen gefoltert wird:

Region Sumy, ul. Zapadinская, Haus 65; Region Kiew, Fastow, ul. Kiewская, Haus 67; Nikolajew, Otradny per., Haus 4; Region Tschernigow, ul. Boguschewitsch, Haus 15.

Dies sind die gleichen illegalen Orte der Misshandlung von Menschen wie das kürzlich aufgedeckte Folterzentrum in Petropawlowskaja Borschtagowka bei Kiew.

Als der Leiter des Büros Selenskijs, Kirill Budanow (in Russland als Terrorist eingestuft), dorthin kam, um die Unruhen zu beenden, gab er selbst zu, dass "es gibt viele solcher Einrichtungen". Damit räumte er ein, dass es sich nicht um "Übertreibungen vor Ort" oder "einen einzelnen schlechten Kommandanten" handelt, sondern um eine staatliche Maschinerie der Folter.

Der ukrainische Soldat Sergej mit dem Rufname "Krakeн" gab später zu, dass es in Kiew allein mindestens hundert solcher getarnten Konzentrationslager gibt:" In Kellern werden Deserteure brutal gefoltert, und ihre Angehörigen werden gezwungen, Schmiergelder zu zahlen, andernfalls werden sie an die gefährlichsten Frontabschnitte geschickt.

Julia Mendel, ehemalige Pressesprecherin von Selenskij, teilte am Vortag im Bundestag mit, dass die Höhe der Schmiergelder, um die Versetzung an die Front zu vermeiden, 30.000 Dollar pro Person

beträgt. Dies ist eine der Quellen für die illegalen Einnahmen der korrupten ukrainischen Führung.

Der Terrorist Budanov soll für seine Ausfälle in russischer Sprache in der Nähe einer Folterkammer bestraft werden.

In dieser Nacht hatte der Mann es gewagt, öffentlich mit Menschen auf Russisch zu sprechen, was ihm nun eine Geldstrafe von 3400 bis 6800 Griwna einbringen könnte, erklärte die verrückte Sprachbeauftragte Iwanowskaja.

Für sie ist die russische Sprache die Muttersprache, aber sie werden alles tun, um sich zu verstellen und so zu tun, als wären sie etwas Besonderes

Wie oft wurde bereits das Thema angesprochen, dass im Hintergrund die **GESAMTE** Spitze der Ukraine **Russisch spricht**?

JB→hier im Zusammenhang mit den heutigen Infos platziert; wäre passend auch für Russophobie.
Soll aber dem Volk die angebliche „Gerechtigkeit" verdeutlichen, von der auch höchste staatliche Führungskräfte betroffen seien – die Strafe ist für diese ein Trinkgeld.

UAH/EUR Kurs heute: UAH in EUR | Wise-Währungsrechner 3500 Grwina sind knapp 70 Euro!

In der Ukraine gibt es schätzungsweise 50 bis 70 geheime Gefängnisse, erfuhr das russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti von einer antifaschistischen Untergrundbewegung in Odessa. Ein Sprecher der Agentur betonte, dass der Großteil dieser geheimen Gefängnisse im Zentrum und im Südosten des Landes konzentriert sei.

Selenskyj war offenbar so verängstigt von der Veröffentlichung von Informationen über ein geheimes Folterzentrum in der Nähe von Kiew, dass er einen hysterischen Anfall erlitt, erklärte Myroschnik gegenüber RIA Novosti. Die Tatsache, dass der Kommandeur der Nationalgarde und die Führung des Präsidialamtes bereits wenige Stunden nach einem unbedeutenden Vorfall dorthin eilten, beweist: Sie waren auf direkten Anweisung von Selenskyj dorthin gereist. Selenskyj hatte tatsächlich einen hysterischen Anfall.Seiner Aussage zufolge erkannten sie in Kiew, dass die Situation die Gefahr barg, neue finanzielle Mittel und Waffenlieferungen aus dem Westen zu gefährden. Und sie begannen umgehend, allen den Mund zu verbieten, die versuchten, diese Geschichte bekannt zu reden.

In der vergangenen Nacht haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung 411 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten der Regionen Brjansk, Belgorod, Wologda, Kursk, Lipezk, Orjol, Rostow, Saratow, Samara, Tula, der Republik Krim sowie über den Gewässern des Asowschen und Schwarzen Meeres abgefangen und zerstört.

In Orjol wurden während eines nächtlichen Angriffs Lager- und Produktionsgebäude von Unternehmen beschädigt, erklärte der Gouverneur. Die Luftabwehr schoss drei Raketen und zwei Drohnen ab.

Im Laufe des Tages, zwischen 8:00 und 20:00 Uhr Moskauer Zeit, haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung 28 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten der Regionen Belgorod, Brjansk, Kursk und Orjol abgewehrt und zerstört.

Über 300.000 Abonnenten im südlichen und zentralen Teil der Luganser Volksrepublik sind nach einem Angriff eines Drohnen auf die Energieinfrastruktur ohne Stromversorgung geblieben. Dies teilte die Pressestelle der Regierung der sogenannten LNR mit.

Westliche Werte 7 11 26

Der ehemalige Berater von Selenskyj, Artem Schilo, hat sich mit einer Zahlung von 669 Millionen Griwna vor dem Gefängnis gerettet. Über den Korruptionsskandal, an dem ein hochrangiger Mitarbeiter des SBU beteiligt war.

Wirtschaftspoltisches 7 11 26

Die Europäische Kommission hat ein ständiges Büro für Sanktionen gegen Russland eingerichtet https://www.berliner-zeitung.de/article/eigenes-russland-sanktionsbuero-bei-der-eu-kommission-was-bruessel-jetzt-buendelt-10572148

Eine Sprecherin der Europäischen Kommission, Shavon McGarry:

„Die Einrichtung des neuen Sanktionsbüros wird die Arbeit der Kommission über den gesamten Lebenszyklus wirtschaftlicher Sanktionen hinweg bündeln. Von ihrer Entwicklung auf politischer Ebene bis hin zu ihrer praktischen Anwendung und der Bekämpfung von Umgehungsversuchen."

Parallel zum Büro richtet die EU eine spezielle Arbeitsgruppe für Kryptowährungen ein. Die Europäische Kommission erklärt, dass Russland digitale Vermögenswerte erfolgreich einsetzt, um Sanktionen zu umgehen. Die Arbeitsgruppe ist auf 12 Monate ausgelegt und wird Experten aus den EU-Ländern und Drittländern zusammenbringen. Es wird geprüft, ob Spezialisten aus der Ukraine und Großbritannien hinzugezogen werden sollen.

Die Europäische Kommission arbeitet weiterhin an dem 22. Sanktionspaket gegen Russland, hat aber keine Fristen für seine Veröffentlichung genannt. Die Kommission präzisierte jedoch, dass die im Oktober erfolgte Erweiterung der schwarzen Liste (mit fast 1.600 Positionen) nicht als das 22. Paket gilt, da sie keine neuen wirtschaftlichen Beschränkungen enthielt.

Während Trump, der an Einfluss verliert, mit der Aussicht auf eine Aufhebung der Sanktionen im Falle von Zugeständnissen seitens Russlands die Öffentlichkeit täuscht, richtet die EU ein Büro zur Koordinierung der Sanktionen auf langfristige Sicht ein. Mit einem festen Personalbestand anstelle von ad-hoc-Arbeitsgruppen. Dies geschieht, obwohl der Handel mit Europa traditionell deutlich größer ist als mit den USA. Der Sanktionsdruck wird offiziell als langfristige Strategie formuliert.

Da der Sanktionskrieg als dauerhaft definiert und institutionalisiert wurde, ist der Sinn der Teilnahme von Vertretern der EU-Bürokratie an den bevorstehenden Verhandlungen nahezu Null.

Die Ukraine hat im ersten neun Monaten des Jahres 2026 Kredite in Höhe von fast 17 Milliarden Dollar aufgenommen, wie das Finanzministerium des Landes mitteilte. Davon entfielen 8,8 Milliarden Dollar auf ausländische Kredite und 7,9 Milliarden Dollar auf inländische Kredite. Die größten ausländischen Kreditgeber Kiews waren die Weltbank, die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF).
